Zeitschrift: Berner Taschenbuch
Herausgeber: Freunde vaterländischer Geschichte
Band: 18 (1869)

Artikel: Der Freischarenloskauf im Jahre 1845
Autor: Blösch, Eduard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-122547

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Freischaarenloskauf im Jahre 1845.

Aus den hinterlassenen Papieren des Herrn alt-Landammann

Eduard Blösch.*)

Am 4. Dezember 1844 ging der Große Rath auseinander. Durch die Wahl des Hrn. Funk zum Obergerichts-Präsidenten war die Stelle des Landammanns erledigt worden; der Rath hatte aber beschlossen, sie nicht wieder zu besetzen; die Geschäftsleitung blieb daher mir, als Vizepräsidenten, in den Händen.

Am 5. Dezember Mittags war ich im Begriffe, Bern zu verlassen, als ich erfuhr, der Regierungsrath habe mehrere Bataillone aufgeboten. Ich verfügte mich sogleich zu Schultheiß v. Tavel und forderte Aufschluß.

Herr v. Tavel bestätigte, daß 3 Bataillone aufgeboten werden sollten, und bemerkte, die Maßregel sei lediglich

*) Für die Erlaubniß, die nachstehenden, im März 1852 geschriebenen und höchst interessanten Mittheilungen veröffentlichen zu dürfen, sage ich den verehrten HH. Söhnen des sel. verstorbenen Verfassers meinen herzlichsten Dank. D. H.

auf die Sicherheit des Kantons berechnet; die Regierung sehe die Möglichkeit eines Aufstandes im Kanton Luzern voraus und habe geglaubt, Vorsorge gegen Grenzverletzungen treffen zu sollen. Ich eröffnete hierauf, eine Mahnung an die Truppen zur Bereithaltung hätte nicht überraschen können, das wirkliche Aufgebot hingegen scheine voreilig, ja selbst gefährlich, denn das könne sehr leicht, was es verhindern sollte, provoziren; indessen wolle ich vorläufig in keine Beurtheilung der Maßregel eintreten, für mich sei die Frage nur, ob der Große Rath, der eben auseinander gegangen, zusammenberufen werden müsse, und dieß hange ab vom Charakter der Verfügung; die Verfassung gebe dem Regierungsrathe das Recht zu Militäraufgeboten nur bei dringender Gefahr und behufs der vorläufigen Sicherheitsmaßregeln; sofern das Aufgebot diesen Charakter haben solle, werde ich die Convocation des Großen Rathes gerne vermeiden (obgleich mir meine delikate Stellung dieser Behörde gegenüber wohl bewußt war), im entgegengesetzten Fall könnte nichts mich abhalten, eine Vorkehr zu treffen, welche die Verfassung gebiete. Von Tavel versicherte darauf auf's Bestimmteste, das Aufgebot sei eine bloße Sicherheitsmaßregel, und es liege nicht in der Absicht der Regierung, irgendwie die Grenzen der angedeuteten Befugniß zu überschreiten, beifügend, daß er die Versammlung des Großen Rathes höchst ungern sähe.

Ich ging darauf etwas näher in die Sache ein, durch die Frage, welche Stellung den aufgebotenen Bataillonen zugedacht sei? Die Antwort war, das eine solle Huttwyl, das zweite Langnau, das dritte den Brünig besetzen. Hiegegen reklamirte ich. Daß die Auftritte in Willisau Besorgnisse erregen konnten, lasse sich begreifen, deßhalb auch die Aufstellung einiger Truppen gegen die luzernische

Grenze. Aber nichts rechtfertige eine solche Maßregel gegen Unterwalden; die Aufstellung eines Bataillons auf dem Brünig hätte nothwendig den Charakter einer Provokation.

Herr von Tavel schien durch diese Bemerkung betroffen. Er anerkannte, daß von dieser Seite kein Grund zu Besorgnissen vorliege, widersprach nicht, sondern bemerkte, er habe selbst ähnliche Bedenken gehabt, glaube sich auch ermächtiget, die Aufstellung zu ändern und werde Befehle geben, damit das dritte Bataillon in Brienz, seinem Sammelorte, bleibe, was denn auch geschah. Infolge dessen unterblieb die Convocation des Großen Rathes, und ich reiste am Abend nach Burgdorf.

Der Freitag (6. Dez.) verstrich ruhig; nur daß allerlei Gerüchte über die Lage der Dinge im Luzernischen herumgingen. Dieß und die Nachricht vom Aufgebot mehrerer Bataillone versetzte die Gemüther in Spannung.

Am Samstag (7. Dez.) ward diese vermehrt durch die Kunde, daß in Luzern wirklich ein Aufstand drohe, und daß sich in Bern Freiwillige sammelten, um den liberalen Luzernern zuzuziehen. Wirklich kamen im Nachmittag von Bern her einzelne Männer, die offen erklärten, sie zögen zum Umsturz der dortigen Regierung nach Luzern. Die einen brachten Waffen mit, andere bewaffneten sich in Burgdorf bei einem Büchsenschmiede. Die Mehrzahl waren Studenten; an ihrer Spitze befand sich Dr. Karl Herzog, gewesener Professor. Sie verreisten noch am nämlichen Abend, theils zu Fuß, theils in Wagen nach Langenthal.

Dieser Vorfall ließ kaum mehr zweifeln an der Wahrheit der erwähnten Gerüchte. Er beunruhigte mich sehr; denn unmöglich ließ sich annehmen, daß diese Züge Bewaffneter, welche sich öffentlich rühmten, in einen benach-

barten Kanton einfallen zu wollen, der Regierung unbekannt geblieben. Der nothwendige Schluß war also: daß sie dieselben entweder nicht hindern könne, oder nicht hindern wolle. Ich schrieb deßhalb sogleich an die Regierung und an den Staatsschreiber, an erstere, um ihr vom Vorgefallenen Anzeige zu geben und sie an die Pflicht zu erinnern; an letztern, um den bestimmten Willen auszudrücken, daß der Große Rath berufen werde, wenn die Verhältnisse besorglicher, oder im Gebrauche des aufgebotenen Militärs die Grenzen bloßer Sicherheitsmaßregeln überschritten würden.

Am Sonntag (8. Dez.) nahm die Aufregung noch zu. Fort und fort zogen einzelne Bewaffnete durch, und von der Regierung verlautete nichts, als daß sie neue Truppen aufbiete und den bereits unter den Waffen befindlichen Munition zuführen lasse. Dabei hieß es allgemein, heute in der Frühe habe die Regierung von Luzern gestürzt werden sollen. Dieß bestimmte mich nach Bern zu gehen.

Beim Eintritt in die Stadt begegnete ich einer Kompagnie Scharfschützen, die mit klingendem Spiele hinausmarschirte. Die Straßen wimmelten von Menschen. Ich eilte dem Rathhaus zu. In der Nähe desselben hatte eben ein Auftritt stattgefunden. Buchhändler Jenni hatte an mehreren Orten Aufrüfe zur Bildung von Freischaaren angeschlagen, von denen einzelne sogar gestempelt waren. Ein Mitglied des Regierungsrathes (von Jenner) war dazu gekommen und hatte mit Verhaftung gedroht, worauf die Polizei die Aufrüfe entfernte. Ich begab mich zuerst zum Staatsschreiber und hatte dann in dessen Gegenwart eine längere Unterredung mit dem Schultheißen. Dieser versicherte neuerdings, die Regierung bezwecke nichts An-

deres als Sicherung der Grenzen. Wohl mögen bei Einzelnen weiter reichende Gedanken obwalten, wie er denn nicht verhehlen wolle, daß ein Rathsglied darauf angetragen, die Bataillone in den Kanton Luzern einmarschiren zu lassen. Allein er gebe sein Ehrenwort, daß nichts Unkluges, überhaupt nichts, was mich als Präsidenten des Großen Raths compromittiren könnte, geschehen solle. Dabei drückte er noch dringender als früher den Wunsch aus, daß die Versammlung des Großen Raths unterbleiben möge, indem sonst die schlimmsten Beschlüsse zu erwarten stünden. Ich hob wiederholt das Schwierige meiner Stellung — unmittelbar nach so auffallenden Beweisen von Mißtrauen, wie sie mir zu Theil geworden — hervor und bat Herrn v. Tavel, nicht zu vergessen, daß die Ruhe des eigenen Kantons auf dem Spiele stehe, und daß wahrscheinlich eine Umwälzung in Bern den Ruin der ganzen Schweiz nach sich ziehen würde; die Ueberzeugung aussprechend, daß Bern entweder der Eidgenossenschaft das Gleichgewicht wieder geben oder sie zu Grunde richten werde.

Der Große Rath wurde nicht versammelt. Am gleichen Tage äußerte v. Tavel Verwunderung über mein Benehmen. Er mochte erwartet haben, ich werde die Gelegenheit benutzen, Verlegenheiten zu bereiten, um mich zu rächen für den Antheil, den die mehrsten Glieder der Regierung, vorab er selber, an der gegen mich geübten Intrigue genommen. Wie wenig kannte er mich! —

Am Sonntag früh (8. Dez.) war wirklich in Luzern ein Ausbruch erfolgt, und mehrere Hunderte Bewaffneter, besonders Aargauer, hatten sich zur Unterstützung desselben bis zur Emmenbrücke gewagt. Allein Glück und Zufall hatten das Attentat schnell vereitelt, so daß die Nachricht

vom Ausbruch zugleich mit demjenigen des Mißlingens nach Bern kam, von wo aus Einzelne zum Voraus den Sieg verkündigt hatten.*)

Am Samstag hatte Professor Stettler, als Rektor der Universität, auf die Nachricht, daß versucht werde, Studenten zur Theilnahme an den Luzerner Unruhen zu verleiten, eine Warnung dagegen an das schwarze Brett schlagen lassen; diese war aber heruntergerissen worden. Auf dieß hin hatte er dem Erziehungsdepartemente Anzeige gemacht, auf Billigung der Warnung und Ahndung des Frevels rechnend. Allein es war ihm, als einzige Antwort, die Bemerkung zugekommen: In solchen Fällen dürfe man nicht zu strenge sein, die That finde in der Absicht Entschuldigung. Nach dem Mißlingen des Aufstandversuchs erhob Luzern Beschwerde über die Theilnahme von Bernern an demselben, worauf die Regierung die Warnung des Rektors als Beweis vorhielt, daß sie ihr Möglichstes gethan.

Die Klage über Prof. Herzogs Betheiligung ward mit dem Bemerken abgelehnt, derselbe sei ein Luzerner.

Während einigen Tagen herrschte große Bestürzung unter den sogenannten Jesuitengegnern. Allein bald begann die Agitation von Neuem, wozu die Nachricht nicht wenig beitragen mochte, daß es nur eines kecken Angriffs seitens der bis zur Emmenbrücke Vorgedrungenen bedurft hätte, um ohne Schwertstreich Luzern zu besetzen und die

---

*) Am Sonntag Abend äußerte der Regierungsstatthalter von Biel, ein Schwager Neuhausens, in einer zahlreichen Gesellschaft, nach Empfang eines Briefes aus Bern: „A l'heure qu'il est, la révolution est faite, et le Gouvernement de Lucerne est renversé.“

Regierung umzustürzen. Uebrigens zählten unverkennbar die Leiter der Bewegung auf die Unterstützung der Regierung und rühmten sich offen des Einverständnisses mit derselben. Einzelne Regierungsglieder lehnten zwar jede Zumuthung von Mitwissenschaft und Billigung ab. Allein, während die Behörde wenigstens Alles geschehen ließ, unterhielten mehrere Glieder notorisch den intimsten Verkehr mit den Führern der Bewegungsparthei.

Am 6. Hornung äußerte ein junger Advokat, Namens Frickart aus Zofingen, im Schlosse Wyl, wo ich mich mit demselben vor Audienz befand, in Kurzem werde ein zweiter Zug nach Luzern erfolgen, und zwar mit Wissen und Zustimmung der Regierung; diese gebe sich zwar den Anschein ungünstiger Gesinnung; allein Regierungsrath Weber habe erklärt, man möge nur zufahren, aber machen, daß die Regierung es nicht zu sehen brauche; der zweite Zug werde übrigens nicht so kopflos unternommen werden wie der erste: in Kurzem werde in Olten eine Zusammenkunft höherer Stabsoffiziere stattfinden, welche ihre Mitwirkung zugesagt; vorläufig habe man den 1. März zum Angriffe bestimmt.

Der Monat Hornung verstrich unterdessen ziemlich ruhig, aber mit Beginn des März nahm das Fieber wieder zu, und man fing an, ungescheut in Vereinen und auf offener Straße von einem neuen Zuge zu sprechen. Gegen die Mitte des Monats nahmen diese Gerüchte eine bestimmtere Gestalt an. Man nannte einzelne Führer, bezeichnete die Sammelplätze, die Zahl der Theilnehmer, und verkündete den Tag des Ausbruchs.

Unverkennbar hatten hochstehende Männer aus verschiedenen Kantonen die Hände im Spiel. Die radikalen Blätter wurden je länger je drohender; einzelne hetzten und schürten das Feuer, wie und wo sie konnten, und in

dem Maße wie die Aufregung der Massen, besonders in den Grenzämtern und einigen Theilen des Seelandes, stieg, in dem Verhältnisse verstummten die Warnungen der Wenigen, welche bis jetzt den Muth gehabt, der Strömung entgegenzutreten. Wer nicht zum Krieg gegen die Jesuiten stimmte und antrieb, der ward selber als Jesuit verschrieen und dem Hasse des Pöbels verzeigt. Daß ein Einfall in's Luzernische, zumal ein solcher von Freischaaren, ein Bundesbruch wäre, das sah man entweder nicht ein, oder entschuldigte ihn mit der Güte des Zweckes und bekämpfte so die Jesuiten mit Jesuitismus.

Einigermaßen ward die Bewegung noch durch die Erwartung zurückgehalten, daß die Tagsatzung von Bundeswegen die Ausweisung der Jesuiten, wenigstens aus Luzern, beschließen werde. Einige Male schien auch Unentschlossenheit oder Uneinigkeit unter den Führern zu Tage zu treten. Allein als die Tagsatzung auseinander ging, ohne irgend welche Maßnahme gegen die Jesuiten getroffen zu haben, und als die Nachricht kam, daß auf dieß hin sowohl Bern als Aargau sich geweigert, zu einem Verbot der Freischaaren zu stimmen, welche die Gesandtschaft des letzteren Standes sogar in einer offiziellen Erklärung als „Nothwehr" bezeichnet hatte, da war es als ob ein frischer Windzug die Gluth anfachte. Plötzlich traten ringsum die unzweideutigsten Vorbereitungen zu einem allgemeinen Aufbruche zu Tage. In Zofingen sollten die Schaaren sich sammeln, und in der That fingen einzelne Züge an, sich in dieser Richtung in Bewegung zu setzen.

Wir hatten einen Vertrauten nach Zofingen geschickt, um sichere Berichte über die dortigen Vorfälle zu erhalten. Von demselben erfuhren wir, durch Schreiben vom 29. März, daß die Freischaaren am Montag, den 31. März, die

Grenzen des Kantons Luzern überschreiten würden. Die hier verbreiteten Gerüchte stimmten damit überein; ebenso ein Brief vom 29. März aus Aarau, in dem bemerkt war, daß bei dortigen Bäckern und Metzgern heute oder morgen bedeutende Brod- und Fleisch-Lieferungen geschehen, und daß gleichzeitig die Kanonen der Veste Aarburg „mit oder gegen den Willen der Regierung" genommen werden sollten.

Hier hatten wir unterdessen in großer Unruhe gelebt. Die oppositionelle Stellung, welche die sogen. „Schnellen- oder „Burgdorfer-Partei" in der Jesuitenfrage, oder vielmehr in der eidgenössischen Politik des Kantons überhaupt eingenommen, war Veranlassung vielfacher Drohungen gegen Einzelne und gegen den Ort geworden, und in diesem selber fehlte es nicht an bösen Elementen. Man hatte sich daher längst im Stillen bewaffnet.

Alles war in bangster Spannung. Diese wurde noch erhöht, als von Langenthal die Kunde einging, daß eine ganze Kompagnie Luzerner Scharfschützen mit Waffen und Gepäck dort eingezogen sei, und daß zwei Abgeordnete der Regierung, v. Tavel und Steinhauer, welche deßhalb an Ort und Stelle gereist, ausgehöhnt worden. Man schritt deßhalb zur Organisation einer Bürgerwache.

Samstag Nachmittags*) versammelten sich etwa 130 wehrbare Einwohner — mit Ausschluß der Milizen, welche erwarten mußten, anderwärts in Anspruch genommen zu werden — auf dem „Graben," ordneten sich in in Sektionen und ernannten Offiziere und Unteroffiziere. Die

*) Der Verfasser hat geschrieben „Sonntag Nachmittags." Das muß aber ein Versehen sein. Nach dem Zusammenhang zu schließen, war es Samstags den 29. März. D. H.

mehrsten waren bewaffnet. An die Spitze des Korps kam R. Dür, gewesener Oberstlieutenant, ein sehr geachteter und ebenso gemäßigter Mann. Am Abend war die erste Wache bestellt, circa 10 Mann, mit einem Offizier und einem Trommler.

Ich war sehr trübe gestimmt. Am Vorabend einer Krise, welcher ich vergeblich durch Mahnung und Warnung vorzubeugen gesucht, und die ich am Ende fast für eine Nothwendigkeit ansehen mußte, lastete mir doch das Gefühl des nahen Ausbruchs schwer auf dem Herzen.

Ich schrieb noch denselben Abend zwei Briefe, einen an Fürsprecher Fr. May, den andern an Regierungsrath Steinhauer. Jenen beschwor ich, seinen Einfluß zu verwenden, damit von seinen Standesgenossen, denen durch die Fehler der ultrademokratischen Partei neue Hoffnungen aufgehen würden, keine Mißgriffe geschähen. Diesen suchte ich zu ermuntern, ihm meinen und meiner Freunde Beistand zusichernd, sobald die Regierung, die einer kaum geahnten Krise entgegen gehe, nur „regieren wolle." Steinhauer antwortete nicht; dagegen erhielt ich schon am folgenden Tage, den 30. März, von Herrn May eine Zuschrift, die beruhigende Zusicherung enthaltend:

„Gegenwärtig wird man hier in Bern zuverläßig keinen Mißgriff thun; denn man wagt noch nicht einmal die Organisation einer Bürgerwache, obschon viele sich hiefür, und zwar einzig in gesetzlichem Sinne, gerüstet haben. Auch fernerhin hoffe ich Beibehaltung dieser Gesinnung unter der Mehrzahl der hiesigen Einwohnerschaft. Unter meiner Klasse spricht man sich allgemein in diesem Sinne aus; Ausnahmen gibt es überall" u. s. w.

Der Sonntag (30. März) wurde in fieberhafter Aufregung verbracht. Alle Nachrichten, welche eingingen, bestätigten, daß der Ausbruch in der folgenden Nacht erfolgen werde. Bisweilen zogen Bewaffnete durch, bald einzeln, bald in Haufen; alle voll Freude und Muthwillen, als ob es zur Kirchweih ginge. Ein Gerücht ließ Versuche erwarten, sich der in hiesigem Schloß befindlichen Kanonen zu bemächtigen. Die Seeländer, hieß es, würden auf dem Durchmarsche nach Huttwyl diesen Streich ausführen. Was die Sache glaubwürdig machte, war die notorische Sympathie des Regierungsstatthalters mit den Freischaaren. Wir beriethen uns deßhalb und beschlossen, uns dem Streiche zu widersetzen. Es bestand zur Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten ein Ausschuß von drei Personen (R. Ris, gewesener Polizei-Inspektor, ein Handwerker ohne höhere Bildung, aber voll Gesinnung und ebenso gewandt als entschlossen; Chr. Miescher, Major der reitenden Jäger und Chef der Flachsspinnerei am Fuße des Schloßhügels, und ich). Von diesen wurden Anstalten getroffen, um im Nothfalle, selbst gegen des Regierungsstatthalters Willen, die Kanonen zu schützen. Hr. Miescher ließ in der Fabrik eine Anzahl Leitern bereit halten, zur Ersteigung des Schlosses von hinten; und um eine Anzahl zuverläßiger Männer zu haben, die zunächst das eigene, häufig bedrohte Etablissement schützen, im Nothfalle die Bürgerwache unterstützen könnten, bewaffnete er bei 40 seiner Arbeiter, unter denen sich mehrere gediente Militärs befanden.

Im Nachmittag lief zuverläßige Nachricht ein, daß die Seeländer sich in Nidau zweier Kanonen bemächtiget und sodann mit denselben über Biel und Solothurn nach Zofingen und von dort nach Huttwyl gezogen seien.

In der Nähe von Wangen war versucht worden, sie aufzuhalten. Allein als die dazu Beorderten, statt den Augenblick der ersten Ueberraschung, bei einem Halte, zur Ausführung ihres Auftrages zu benutzen, Gewalt besorgend, sich entfernt hatten, um Hülfe zu holen, so waren die Begleiter der Kanonen aufgebrochen und über die Grenze gezogen, ehe sie ereilt werden konnten. Ja es hatte sich ihnen sogar aus Wangen eine neue Schaar angeschlossen mit einer dritten Kanone, welche sonst auf dem Schlosse Bipp zu Signalschüssen bei Feuersbrünsten gedient. Diese war gleichfalls mit Gewalt weggenommen worden, und der Sohn einer der achtbarsten Familien des Landes (R** von W***) hatte auf seine Kosten nicht nur die Laffettirung, sondern sogar die vollständige Bespannung derselben übernommen.

In Nidau hatte sich der Regierungsstatthalter, welcher wußte, daß man einige der ihm anvertrauten Kanonen zu nehmen gedachte, zum Schein widersetzt; dann war er nach Bern gereist, der Regierung Anzeige von dem Geschehenen zu machen; von Bern aber folgte er den Freischaaren.*)

Am Montag den 31. März kam schon frühe die Nachricht vom wirklichen Abmarsch der verschiedenen Kolonnen.

---

*) Etwa 14 Tage vor dem Ausbruch war das Vorhaben an des Regierungsstatthalters Hochzeit, in Regierungsrath Dr. Schneiders Gegenwart, verhandelt und, wie es heißt, sogar auf die glückliche Reise der Kanonen getrunken worden. Der Regierungsstatthalter J. Schneider von Mett nahm am Gefechte am Hellbühl Theil und soll sich durch Muth und Unerschrockenheit ausgezeichnet haben. — Mit den Kanonen ward auch Munition weggenommen, und von Bern aus hatte man zum Voraus für Bränderchen gesorgt.

Vom hiesigen Gemeinderathe, der aus lauter Anhängern der Freischaaren bestund, war eine Art Botendienst angeordnet worden, mittelst dessen von allen Ausgangspunkten der Bewegung in kurzen Zwischenräumen Berichte einlangten, die dann vom Sekretariate in der Form von „Bülletins" bekannt gemacht wurden.

Gegen 8 Uhr vernahm man, daß in Zell ein Aargauer, Namens Schmidlin, gefallen sei, angeblich durch einen Schuß aus dem Pfarrhause; sonst, hieß es, hätte sich nirgends Widerstand gezeigt. — Ein späteres Bülletin verkündete die glückliche Ankunft der Kolonne von Huttwyl in Ettiswyl und derjenigen von Zofingen in . . . .*) Von Kampf war keine Rede. Noch desselben Abends sollte der Einmarsch in Luzern erfolgen.

Diese mit der größten Zuversicht verbreiteten Berichte wurden von einem Theile der Einwohnerschaft mit wildem Jubel aufgenommen, und Mancher, dem der Muth gefehlt, bewaffnet mitzuziehen, bereitete sich, am Siegeszuge Theil zu nehmen. So folgte ein gewisser Müller aus dem Entlebuch in einer Chaise, in einer andern Chaise Salzfaktor Aebi, so in einem Char-à-banc Fürsprecher Sury, ein Schwager Ochsenbeins. Jubelnd vor allen war der Regierungsstatthalter, der höhnisch durch die Gassen schritt, Gleichgesinnten die Hände drückend.

So verstrich der ganze Tag des 31. März.

Die Nachrichten wurden allmählig seltener. Alles schwebte in banger Erwartung. Der Abend verging, ohne daß etwas Bestimmtes vernommen wurde. Ebenso die

---

*) Der Verfasser ließ hier eine Lücke. Nach einer noch ungedruckten Darstellung Zeerleders von Steinegg vereinigten sich die beiden Kolonnen in Ettiswyl. (Anm. d. Herausgebers.)

Nacht. Hie und da kam ein Bote an die Gemeindsbehörde. Die Freischaaren, hieß es, rückten unaufgehalten vor. Allein plötzlich wandte sich die Gestalt der Dinge.

Dienstag Morgens gegen halb 11 Uhr (1. April) brachte ein gewisser Zürcher von Sumiswald her die Nachricht, die Freischaaren seien ohne Widerstand bis vor die Thore Luzerns gezogen und hätten sogleich die Stadt zur Uebergabe aufgefordert, als ein Schuß, der den Parlamentär zu Boden gestreckt, das Zeichen zum Angriff gegeben. — Auf dieß hin sei im ganzen Kanton Sturm geläutet worden; auf einmal habe sich dann das Land im Rücken der Freischaaren erhoben und diese seien nun vollkommen zersprengt, allen Gräueln eines ordnungslosen Rückzugs durch die fanatisirten Massen bloßgestellt. Bereits seien, hieß es, Hunderte niedergemetzelt, das Elend sei grenzenlos.

Man zweifelte anfangs an der Richtigkeit der Nachricht, besonders wollten die Freunde der Freischaaren ihr nicht Glauben schenken. Ja der Regierungsstatthalter ließ den Verkünder desselben in's Schloß bescheiden, meinend, es sei auf Erregung von Unruhe durch Verbreitung falscher Gerüchte abgesehen. Allein Zürcher war einer der eifrigsten Anhänger der Partei. Er bestätigte seine Aussagen, die sich auf diejenigen eines Boten stützten, welcher durch Sumiswald nach Bern geeilt war. Gleichzeitig kam von Langenthal her Nachricht vom Eintreffen einzelner Flüchtlinge, worunter der Hauptmann der Luzerner Kompagnie, welche wenige Tage zuvor daselbst einmarschirt gewesen. Am Eintritt eines großen Unglücks war daher nicht zu zweifeln. An Platz des bisherigen Uebermuths trat nun auf der einen Seite die tiefste Bestürzung, auf der andern Mitleid und neue Besorgniß.

Niemand freute sich, nicht eine Regung ward offenbar, die als Schadenfreude hätte gedeutet werden können. Alles klagte und jammerte. Die Unruhe und Spannung der Gemüther aber nahm noch zu, als obiger Hiobsbotschaft bald die Anzeige folgte, die sogenannten „Schwarzbuben" hätten Olten überrumpelt und bedrohten Aarwangen, von wo sie über St. Urban den Luzernern zuzuziehen gedächten.

Auf die Kunde vom wirklichen Abmarsch der Freischaaren hatte endlich die Regierung militärische Maßregeln ergriffen. Am Sonntag (30. März) war ein Milizbataillon in Burgdorf eingezogen. Durch obige Anzeige ward dasselbe in Allarm gebracht. Der Major des Bataillons (sein Kommandant, Regierungsrath Steinhauer, war auf die erste Kunde vom Mißlingen des Freischaarenzuges nach Bern geeilt) ließ Generalmarsch schlagen. Er wollte nach Langenthal aufbrechen, und eine Anzahl Freiwilliger erbot sich, unter der Führung eines hiesigen Artillerie-Offiziers, das Korps mit einer oder zweien der im Schlosse befindlichen Kanonen zu begleiten. Er wurde in seinem Vorhaben noch bestärkt, als ein angesehener Kaufmann von hier, der aus eigenem Antrieb auf Kundschaft ausgegangen war, auf schweißtriefendem Pferde zurückkam, mit der Nachricht, er sei bis Thörigen gedrungen, habe sich aber nicht weiter gewagt, weil untenher überall Sturm geläutet werde, und Jung und Alt gegen Langenthal ziehe.

Indessen behielt ein anderer Offizier etwas mehr Besonnenheit. Dieser fand es bedenklich, ohne die dringendste Noth die angewiesene Stellung zu verlassen, und drang darauf, daß sicherere Nachrichten abgewartet würden. Unterdessen hatten einige detaschirte Kompagnien Befehl erhalten, hieher zu marschiren. Allein bevor sie eintrafen, kam

die Anzeige, daß zwar allerdings Versuche zum Durchmarsch durch den Kanton gemacht worden, daß aber für den Augenblick nichts zu besorgen sei.*)

Noch spät Abends kam das Studentenkorps an, in der Meinung, an einem Kampfe theilnehmen zu können. Dasselbe hatte beim ersten Anzeichen ernster Verwickelungen Lust zu Ergreifung der Waffen verrathen. Um diese Lust zu büßen und die jungeu Leute zusammen zu halten, waren sie dem Bataillon Steinhauer beigeordnet und nach Krauchthal verlegt worden, wo sie zugleich den Anreizungen der Hauptstadt entgehen sollten. Sie waren sehr betroffen, als sie, kaum vor dem „Emmenhofe" aufmarschirt, den Befehl erhielten, nach Krauchthal zurückzukehren.

Ich hatte auf die erste Nachricht vom Unglück der Freischaaren, schon am 1. April, kurz nach Mittag, eine Einladung zur Subscription: „zur Bildung eines Spitals und Herbeischaffung der Mittel, den Heimkehrenden Medicamente, Speise, Transportgeräthe ꝛc. zukommen zu lassen" — in Umlauf gesetzt, und auf diese Weise am nämlichen Tage einige Hundert Franken zusammengebracht.

Auch waren Anstalten getroffen, nach Langnau, nach Huttwyl und nach Zofingen Hülfe zu senden. — Es zeigte sich jedoch bald, daß sie nicht so dringend sei. Gegen Abend verbreitete sich sogar die Nachricht, die ersten Berichte seien falsch gewesen; nur eine vereinzelte Abtheilung sei zurückgetrieben und zersprengt worden. Dieß wurde sehr glaubwürdig, als gegen 9 Uhr ein hier angesessener Kaufmann aus Brugg (Siebenmann), von Aarau kom-

---

*) Später ergab es sich, daß lediglich einige solothurnische Landleute sich in einen der Grenze nahen Wald begeben hatten, um Holz zu fällen!!

mend, bezeugte, im Laufe des Nachmittags vor dem dortigen Rathhause die offizielle Bekanntmachung verlesen gehört zu haben, daß Luzern von den Freischaaren genommen und eine provisorische Regierung eingesetzt sei.

Dieser Bericht verbreitete neue Aufregung. Ich hatte die Nachtwache und sah den Augenblick vor, wo ernste Reibungen entstehen könnten. Ein hiesiger Bürger, der mich, ohne zu wissen warum, haßte, drang gegen 10 Uhr in die Wachtstube und schrie, in der unverkennbaren Absicht zu beleidigen: „Jez isch es gut gange, die Liberale sy Meister, jez abe mit de Jesuite!" Mehrere der Anwesenden sahen mich an; ich that, als bemerkte ich den Menschen nicht, und er entfernte sich wieder.

Um Mitternacht fuhr ein Wagen durch die Stadt. Sei es, daß die ungewöhnliche Stunde, sei es, daß der Darinsitzende mir auffiel, genug! ich ahnete, daß dieser von den Tagesereignissen etwas wissen müsse, und folgte dem Wagen. Er hielt beim Emmenhof an, und der Reisende begab sich in das Speisezimmer, in dem noch viele Bürger und Militärs versammelt waren. Ich mischte mich unter sie, und bald fiel Allen der verstörte Blick des Fremden auf. Dieser hatte sich einige Speise vorsetzen lassen und hörte lange, scheinbar theilnahmlos, dem Gespräche zu, das sich um die Vorfälle vor Luzern drehte. Endlich auf die Frage, was wohl aus ..... geworden sei, wandte er sich um und erzählte, er sei ein Senn aus Zofingen und habe den Freischaarenzug mitgemacht. Dieser sei gänzlich mißglückt, alle entgegengesetzten Nachrichten seien erlogen. Die von Zofingen ausgegangene Kolonne habe größtentheils den aargauischen Boden wieder betreten; ein bedeutendes Korps sei hingegen bei Malters in hartes Gefecht gerathen und zersprengt worden;

Viele seien gefallen, unter diesen, fürchte er, auch ein Bruder. Natürlich erfolgten nun noch mancherlei Fragen; allein er war unfähig Bericht zu geben. Häufig schien sein Gesicht durch mürrisches Lachen verzerrt; so als er von dem Bruder sprach. Die mehrsten Fragen wurden nur mit dem Ausruf beantwortet: „Es isch Alles hin, es isch Alles verlore, es isch nüt, es isch us."

Dessen ungeachtet tauchten stetsfort Gerüchte auf, welche die Freischaaren Sieger sein ließen. Mittwoch Morgens (2. April) kam die Nachricht, allerdings sei die von Zofingen ausmarschirte Kolonne geschlagen worden und diejenige von Huttwyl zerstreut; allein während sich die Hauptmacht der Luzerner gegen diese Seite gewendet, seien unerwartet 600 Zürcher vor dem Sihlthor erschienen, und von denselben dann, nach furchtbarem Blutbad, die Stadt genommen worden. Mittwoch Abends mußte ich nach Bern reisen, und damals war man in Burgdorf über den wahren Sachverhalt noch im Zweifel. Erst in Bern erfuhr ich sichere Kunde.

Sowie über die Ereignisse im Allgemeinen, so waren auch über einzelne Personen die widersprechendsten, zum Theil abenteuerlichsten Gerüchte im Umlauf. So hieß es schon am ersten Tage von oben erwähntem R**: zuerst, er sei von einer Kanonenkugel entzweigeschossen worden; dann, er habe, um nicht gefangen zu werden, seinem Leben selbst ein Ende gemacht. — Auch Ochsenbein sollte nach den Einen todt, nach den Andern furchtbar verstümmelt in Gefangenschaft gerathen sein. Die letztere Nachricht weckte den Gedanken in mir, nach Luzern zu reisen.

Ich hatte mit Ochsenbein nie in nähern Verhältnissen gestanden; aber sein Schicksal weckte Theilnahme in mir.

Das Vorhaben war indeß nicht ohne Schwierigkeit; so lange der Kampf fortdauerte, hätte es sogar gefährlich sein müssen, und beim Mangel an irgend sichern Berichten gab ich dasselbe einstweilen auf. Später kam die bestimmte Kunde von der Gefangennehmung des Obersten Rothpletz. Derselbe war Schwager eines meiner hiesigen Verwandten, außerdem lebten noch vier Geschwister in Burgdorf. Diese baten, ich möchte nach Luzern reisen, die Rettung des Bruders zu versuchen. Ich lehnte es anfangs ab; denn ich kannte in Luzern keinen Menschen. Bei ruhigerem Nachdenken hatte ich mir daher sagen müssen, daß meine Verwendung fruchtlos sein werde. Allein eine Schwester drang solchergestalt in mich, daß ich nachgab, um mir nicht nachsagen zu lassen, daß ich das Opfer einiger Tage gescheut, um auf die Bitte einer Schwester, die Vertrauen in mich setzte, die Rettung eines Familienvaters von 11 Kindern zu versuchen, dem, wie sie versicherte, seine Vorgesetzten die Wahl gelassen zwischen Anschluß an den Freischaarenzug oder Dienstentlassung.

Am 4. April schrieb ich dem Regierungsrathe, ich werde in Privataufträgen nach Luzern gehen und stehe, wenn meine Anwesenheit daselbst nützlich sein könne, zu Diensten. Ich zeigte zugleich an, daß ich die Reise über Bern machen und am 6. dort die Post nehmen werde. Wirklich traf ich am 6. April frühe in Bern ein. Kaum angelangt, ward ich durch einen Weibel auf's Rathhaus beschieden zu einer Besprechung mit Schultheiß Neuhaus. Ich eilte sogleich hin. Neuhaus verließ den Rath, den er eben präsidirte, und eröffnete mir, unter Verdankung des gemachten Anerbietens, daß ich ein Schreiben erhalten werde. Dann bemerkte er: er habe mich eigentlich rufen lassen, um den Wunsch auszudrücken, daß ich statt direkt

nach Luzern zu reisen, den Weg über Zürich nehmen möchte; denn ersterer sei gefährlich. Auch Regierungsrath Aubry, der nach Luzern gesandt sei, um wo möglich die Freilassung der gefangenen Berner zu bewirken, habe die Reise über Zürich gemacht. Ich dankte für den Rath, lehnte ihn aber mit der Bemerkung ab, daß ich nichts besorge. Bald darauf ward mir ein Schreiben zugestellt, welches das Ansuchen enthielt: „meine speziellen Aufträge und Bemühungen zu Linderung des Schicksals der bernischen Freischaaren-Gefangenen in Luzern mit denjenigen der deßhalb amtlich intervenirenden Herren Näff und Aubry zu vereinigen, und über den einzuschlagenden Gang mit denselben mich zu verständigen."

Gegen Mittag bestieg ich die Post, Ein Bruder von Oberst Rothpletz begleitete mich. Wir kamen am 7. in der Frühe in Luzern an, ohne daß uns das geringste Unangenehme, ja nur ein saures Gesicht, begegnet wäre, und nahmen Quartier im Gasthof zur Waag. Kaum ausgestiegen, traf ich Herrn Joh. Herzog aus Aarau, einen Sohn des gewesenen Bürgermeisters, dessen Bekanntschaft ich im eidgenössischen Gewerbsverein gemacht hatte, nebst Herrn Oberrichter Hürner, gleichfalls einem Bekannten aus Aarau. Diese Begegnung war mir äußerst angenehm; denn Beide stunden in den mannigfachsten Berührungen mit luzernischen Magistraten und mußten, als entschiedene Gegner des in Aarau herrschenden Regierungssystems, Vertrauen genießen. Herzog erbot sich sofort, mich auf das Regierungsgebäude zu geleiten. Auf dem Wege dorthin trafen wir Regierungsrath Kost, welcher am 1. April ein Bataillon kommandirt hatte, und noch im Dienste war. Herr Herzog stellte mich demselben vor. Kost begrüßte mich freundlich und äußerte auf die Frage Her-

zogs, ob mir der Besuch der Gefangenen vergönnt werden würde: „Ich denke ja, Herrn Landammann Blösch wird die Erlaubniß nicht versagt werden, obschon sonst der Zutritt gänzlich verwehrt ist.“ Die Unterredung beschränkte sich hierauf. Kost eilte der großen Stadt, wir dem Regierungsgebäude zu. — Wir trafen hier etwa um 9 Uhr ein. Es war eben große Todtenmesse. Der ganze Hofraum war von Truppen angefüllt, an ihrer Spitze der gesammte Stab. An den Fenstern des Regierungsgebäudes erblickten wir den Schultheißen Amrhyn und die mehrsten übrigen Regierungsglieder, von denen einige Herrn Herzog Grüße zuwinkten. Längs der Front der Franciskanerkirche war ein Theil der Kriegsbeute aufgestellt, 10 oder 12 Kanonen, einige Rüstwagen und eine bedeutende Zahl kleinerer und größerer Fähnchen, unter den letztern eines mit dem Wappen meiner Vaterstadt. Welcher Anblick, welche Gefühle! Noch tönte der Jubel der Freischaaren in meinen Ohren, die im Namen der Freiheit und Aufklärung nach Luzern zogen, und nun dankten hier Tausende in stiller Andacht Gott für die Rettung ihrer Freiheit und ihres Glaubens! Es mochten zwei- bis dreitausend Mann anwesend sein, nebst einer Masse unbewaffneten Volks, namentlich vom Lande. Die feierlichste Stille herrschte, nur von Zeit zu Zeit unterbrochen durch das Klingeln der fungirenden Geistlichen, oder durch herrliche Todtenmusik. Den Rahmen des Festes bildeten die beiden Kirchen der Franziskaner und der Jesuiten, beide vollgepfropft von gefangenen Freischaaren.

Ich hätte vergehen mögen vor Wehmuth und Scham. Die Ceremonie dauerte ziemlich lange. Wir wohnten bei einer halben Stunde bei, auch hier nicht im Geringsten

belästiget. Dann betraten wir das Regierungsgebäude, einzelne Personen zu sprechen. Wir fanden sogleich Eintritt. Man führte uns in den Saal des kleinen Rathes, der kaum zuvor Sitzung gehalten hatte. Herr Herzog stellte mich auch hier vor, und abermals ward mir der freundlichste Empfang, namentlich von Schultheiß Rüttimann und Professor Eutych Kopp. Herzlich begrüßte mich auch Landammann Ackermann aus Unterwalden, den ich zuvor nie gesprochen. Das Gespräch drehte sich natürlich um die Ereignisse des 1. und 2. April. Die Stimmung war äußerst milde; ich vernahm nicht ein hartes Wort, weder gegen die Freischaaren, noch gegen die betheiligten Regierungen. Im Ganzen schien das vorherrschende Gefühl das des Wohlbehagens zu sein über die Befreiung von dem mehr als viermonatlichen Kriegszustande. Ich sprach den Wunsch aus, daß Milde geübt und ferneres Blutvergießen vermieden werden möchte. Ebenso Herzog. Ackermann pflichtete mit Wärme bei. Etwas düsterer schien Styger, ein Abgeordneter von Schwyz, gestimmt. Ihm schien vor Allem Sicherung gegen erneute Angriffe und dafür kräftiges Einschreiten nöthig, da Schonung leicht als Schwäche gedeutet werden könnte. Wir meinten jedoch, der Sieg sei so vollständig gewesen, daß eine solche Auslegung nicht zu fürchten sei; von Luzern hange es aber ab, dem ersten Siege einen zweiten, dem physischen einen wirksamern moralischen hinzuzufügen; dabei frage es sich, welchen Einfluß man auf die benachbarten Kantone, namentlich auf Bern und Aargau, ausüben wolle; durch Milde werde man der gemäßigten, durch Strenge der radikalen Partei dienen u. s. w.

Hier fielen die ersten Andeutungen über den Loskauf der Gefangenen. Die Anwesenden stießen schwere Seufzer

aus über die ungeheuern Opfer, welche der anhaltende Kriegszustand ihnen auferlegt, und bemerkten, Vieles werde davon abhängen, ob von den betheiligten Kantonen einiger Ersatz zu erwarten sei.

Wir zogen sodann auf dem Polizeibureau Erkundigungen ein über den Stand der Todten und Gefangenen. Noch war nichts Sicheres ermittelt. Die Zahl der Todten wurde allgemein auf 4= bis 500 angegeben. Aber es fehlten alle nähern Nachweise. Ueber die Gefangenen wurden eben Verzeichnisse verfertiget. Ich zog alle Berner-Namen aus und sah mit großer Freude, daß gar Mancher lebte, den man todt gesagt. Die Zahl der Gefangenen war überhaupt weit größer als ich gedacht.

Wie wir, so durchstöberten viele Andere, unter ihnen auch Berner, die Gefangenenlisten, meist Verwandte von Betheiligten, die zu erfahren suchten, ob sie lebten. Abermals fiel mir die milde Stimmung auf. Nicht nur vernahm ich auch hier kein hartes Wort, sondern ich sah, wie das lästige Gedränge geduldig hingenommen und jede Anfrage freundlich beantwortet wurde. Und doch waren die meisten Frager nahe Verwandte Gefallener oder Gefangener. — Nur in Einem Punkte herrschte die größte Strenge: Niemand durfte Gefangene besuchen, noch ihnen das Geringste zukommen lassen, ausgenommen Kleider, derer sie sehr bedurften. Die Luft war sehr frisch, und die Meisten hatten außer den Kleidern, die sie am Leibe gehabt, nichts zur Bedeckung als Stroh, das zugleich zum Lager diente. Die Kirchen waren streng bewacht. Eine ganze Kompagnie hielt den Eingang der Jesuitenkirche besetzt. Gegen den Haupteingang der Franziskanerkirche war eine Kanone aufgepflanzt, mit Kartätschen geladen. Niemand durfte sich nähern. Die Nahrung war dürftig,

doch beschäftigte man sich eifrig mit Verbesserung derselben. Bereits hatten sich zu diesem Zwecke mehrere Vereine, namentlich von Frauenzimmern, gebildet, die sich jedoch in „rothe" und „schwarze" ausschieden und durch diese unzeitige Rivalität gegenseitig die Aufgabe erschwerten. Ich hatte einen Theil des Ertrags der Subskription vom 1. April mitgenommen und verwandte ihn auf Beschaffung wollener Decken für gefangene Berner. Die Gattin des Wirthes besorgte den Ankauf und die Vertheilung. Es gelang ihr, auch ein Körbchen mit Chocolade in die Kirchen zu schaffen.*)

Ich hatte seiner Zeit in Heidelberg einen jungen Luzerner, Namens Peyer, kennen gelernt. Seither waren 18 Jahre verflossen; wir hatten uns nicht wieder gesehen. Wie überrascht war ich nun, denselben in einem der Regierungsräthe zu erkennen. Er erkannte mich zuerst und begrüßte mich äußerst freundlich. Dieß ermuthigte mich, ihm den eigentlichen Zweck meiner Reise zu offenbaren. Seine Erwiederungen waren aber nicht ermunternd. Er äußerte nicht nur starken Zweifel über die Gesinnung einiger Kollegen, sondern erklärte, daß, wenn auch alle zur Milde gestimmt wären, dieß nutzlos sei, wenn nicht ein anderer Wille den Ausschlag gebe . . Alles komme auf den Großen Rath an, der größtentheils aus Bauern be-

---

*) Bei dieser Gelegenheit war's, daß Blösch auf seine Weise sich an Dr. Herzog, gewes. Prof. der Staatswissenschaften und Redaktor des „Berner Verfassungsfreundes," rächte. Derselbe hatte ihn kurz zuvor auf beleidigende Weise im Verfassungsfreund angegriffen. Nun ließ ihm B. wollene Kleider zukommen, an die er ein Zettelchen befestigte mit den Worten: „Für Dr. K. Herzog, von Blösch, gewes. Landammann".

Anm. d. H.

stehe, und diese folgten unbedingt dem Urtheile einiger Führer, worunter vorzüglich Leu. Peyer fügte bei, ihm selbst mangle aller Einfluß. Von jeher Gegner der Jesuiten, habe er stets ihrer Berufung widerstanden, und ohne Zweifel werde er bei'r ersten Erneuerungswahl seine Stelle verlieren. Er bat mich, vorsichtig zu sein und rieth, Leu zu besuchen.

Ein zweiter Bekannter, den ich unter den Regierungsmitgliedern fand, war der eidgenössische Oberst-Kriegs-Kommissär Zündt, mit dem ich 1836 ein Lager durchgemacht. Er hatte mich einige Zeit zuvor in Burgdorf besuchen wollen. Dieß ermuthigte mich, ihm den Besuch zu erwiedern. Hr. Herzog begleitete mich auch hier. Herr Zündt hatte die finanziellen Verhältnisse größtentheils geleitet. Er schilderte die Lage Luzerns als eine sehr gedrückte. Die Kriegskosten stiegen, versicherte er, über eine Million, und das Meiste sei noch ungedeckt, sogar die Quartiervergütungen befänden sich seit zwei Monaten im Ausstand. Auch Herr Zündt berührte die Frage des Schadenersatzes, den er als conditio sine qua non der Freilassung der Gefangenen bezeichnete, dabei unverhohlen äußernd, daß an Freigebung aller nicht zu denken sei. Namentlich, bemerkte er, werde Luzern seinen Bürger Herzog behalten. In Betreff Rothpletzens zuckte er die Achseln; Steiger zu retten, erklärte er für unmöglich. Herr Joh. Herzog verwandte sich nachdrücklich für Beide und wiederholte, was ich am Morgen bemerkt, daß durch ferneres Blutvergießen der Bewegungspartei frische Kraft verliehen würde. „Fordert Schadenersatz", — bemerkte er, — „auf unsere aargauischen Regenten wird nichts besänftigender wirken; aber übet Milde gegen die Gefangenen, und vorzüglich: vermeidet weiteres Blutvergießen."

Unterdessen war Regierungsrath Aubry angekommen. Er hatte die Reise über Zürich gemacht und daselst die bernische Gesandtschaft besucht, welche er dem Zwecke seiner Reise abgeneigt gefunden. Seine Vollmacht wies ihn an, die Befreiung der Gefangenen, oder, falls diese nicht erhältlich, Erleichterung ihrer Lage zu versuchen. Zu letzterem Zwecke hatte er eine Summe Geldes bei sich. Ich war der Meinung, daß die Frage der Freilassung ohne weiters offen angeregt werden sollte. Allein Aubry widersprach entschieden, denn die Regierung würde, sagte er, nicht darauf eingehen; Neuhaus habe es schon unehrenhaft gefunden, daß überhaupt eine Abordnung nach Luzern gesandt worden. — Mir kam es nicht zu, darüber zu entscheiden, ich fand im Gegentheil angemessen, sowohl gegenüber Aubry, als gegen Dritte, die Stellung als Privatmann beizubehalten, und machte deßhalb vom Schreiben des Regierungsrathes vom 5. April keinen Gebrauch. — Doch kam es zwischen Aubry und mir bald zu einläßlicheren Besprechungen, nicht bloß über die zunächst vorliegende Frage, sondern auch über die Verhältnisse des eigenen Kantons. — Nach meiner Ansicht hatte Luzern gerechte Ansprüche auf Schadenersatz; dieß bestritt er nicht, meinte jedoch, sie gingen gegen die Theilnehmer am Freischaarenzuge, nicht gegen die Regierungen. — Allein dem widersprach ich, die Hauptschuld den letztern beimessend, die es geduldet, daß ein verbündeter Mitstand Monate lang in Belagerungszustand gehalten, und zuletzt von 6000 Menschen, die sich unter den Augen der Behörden organisirt und in den Waffen geübt, mit Artillerie aus den Zeughäusern und unter Anführung von Beamten, mit offenem Krieg überzogen wurde. — Die Bedeutung dieser Thatsachen bestritt Aubry nicht. Allein seiner Ansicht nach

konnte das offenkundigste Verschulden der Regierung dieselbe nicht bestimmen, einen Akt zu begehen, worin ein Selbstbekenntniß läge, und so — fügte er bei — würde jedenfalls die Frage von der Mehrzahl seiner Kollegen aufgefaßt, namentlich von denen, welche sich kompromittirt fühlen. Mir schien jedoch nach allem Geschehenen, selbst die Ehre durch offenes Geständniß besser gewahrt, als durch vergebliche Heuchelei, und ich erlaubte mir den Zweifel zu äußern, ob nicht eine ganz andere Berechnung, als die der Ehrenrettung, dieser anscheinenden Theilnahmlosigkeit am Schicksal der Gefangenen zu Grunde liege. Herr Aubry ignorirte so wenig als ich, daß in den angrenzenden Theilen von Bern und Aargau die Aufregung seit dem mißglückten Zuge zugenommen hatte, daß nichts unversucht blieb, die Gemüther noch mehr zu erhitzen, und daß dafür namentlich die Lage der Gefangenen als Hebel benutzt wurde, da sie eine unversiegliche Quelle aufreizender Gerüchte war.*)

Die schnellst mögliche Befreiung der Gefangenen schien daher vor Allem ein Gebot der Klugheit. Wie sollte sich übrigens Luzern an die Betheiligten halten? Die Ge-

---

*) Anfangs hieß es, sämmtliche Gefangene würden niedergemetzelt. Später, da ihre Schonung nicht mehr zu bestreiten war, verbreitete sich das Gerücht, sie seien alle vergiftet, die Jesuiten hätten ein Mittel, das anfangs unscheinbar, später aber so sicher wirke, daß alle an bestimmten Tagen sterben würden. Dieses Gerücht hatte so tiefen Glauben gefunden, daß ihm während Wochen in der Gegend von Langenthal und Herzogenbuchsee 2c. kaum widersprochen werden durfte. Vergebens wurde erinnert, es seien noch gar keine Jesuiten in Luzern. Die Gemüther waren nur für das empfänglich, was sie aufregte, und Jeder, der die Aufregung nicht theilte, war selber ein Jesuit.

fangenen hatten größtentheils nichts, und die Strafbarsten waren wieder bei Hause, wo von gerichtlicher Verfolgung nicht die Rede sein konnte. Aubry widersprach diesen Vermuthungen nicht; er bestätigte sie vielmehr durch mancherlei Andeutungen. Allein er schien gerade deßhalb bedenklich, weil er sich bewußt war, abweichend von den meisten Collegen über die Verhältnisse zu denken, und beharrte darauf, kein Wort fallen zu lassen, das die Hoffnung, vom Staate Ersatz der Kriegskosten zu erhalten, erwecken könnte. Wir beriethen uns daher vor der Hand bloß über die Mittel, den Gefangenen Erleichterung zu verschaffen, und da das dringendste Bedürfniß in Decken bestund, so kamen wir überein, einige hunderte aus dem Zeughause kommen zu lassen, die denn auch wirklich alsobald verabfolgt und unter die Berner und die Bedürftigsten aus andern Kantonen ausgetheilt wurden. Ein Unteroffizier des bernischen Instruktionskorps besorgte dieß Geschäft und blieb, zu fernern Hülfeleistungen disponibel, in Luzern.

Hr. Aubry besuchte mehrere Magistrate, darunter General von Sonnenberg, an den Regierungsrath Tillier ihn empfohlen hatte. Er wünschte die Gefangenen zu sehen, allein er gelangte nicht dazu, und auch ich fand die anfängliche Geneigtheit nicht mehr, seitdem bekannt war, daß ich Aufträge von der Regierung habe. Der Besuch der Verwundeten war Alles, was uns gestattet ward, und auch dieser nur auf eine schriftliche Erlaubniß des Schultheißen Rüttimann. Wir fanden sie in einem besondern Lazarethe zu „Maria Hilf". Die Einrichtungen waren nicht beendigt, aber alles deutete auf Sorgfalt und gute Pflege. Es mochten sich ungefähr 40 Verwundete in diesem Lokal befinden, darunter 8 oder 10 Berner, unter

diesen der junge R. von ***. Er hatte dem Gefecht in Malters beigewohnt, hatte sich in die Gebirge geflüchtet, in denen er zwei Tage lang ohne Nahrung umherirrte, und war dann in Folge eines Sturzes über einen Felskopf im Kanton Unterwalden gefangen und nach Luzern gebracht worden. Er war äußerst leidend und sehr bewegt, als er mich erblickte. Nur mit Mühe gelang es ihm, sich aufzurichten und mir die Hand zu reichen. Seine Augen netzten sich, als ich von den Aeltern sprach. Ich bot ihm Geld an, allein er erwiederte, er bedürfe keines und entbehre überhaupt nichts. Ein anderer Berner war aus Rahnflüh. Er war gleichfalls in Malters gewesen und dort verwundet worden. Auch dieser erklärte, keines Geldes zu bedürfen, da er wohl verpflegt sei, und gerieth in Thränen. Er war Familienvater und hatte sich mit zwei Pferden und einem Wagen dem Zuge angeschlossen. Auf diesen beruhte sein Lebensunterhalt, und nun waren sie verloren. Er jammerte seiner Gattin und Kinder wegen, von denen er, wie wahrscheinlich sie von ihm, ohne Nachricht sei, und bat mich, dem Unterstatthalter (G.) der Gemeinde zu schreiben. Er hoffte, derselbe werde für sie sorgen und ihm Ersatz des Schadens verschaffen, denn er habe ihm gutgesprochen. Dann folgte die Frage, was aus den Kameraden, namentlich was aus Hauptmann Habegger, ihrem Führer, geworden? Auf die Versicherung, dieser sei längst wieder gesund bei Hause, brach er abermals in Thränen aus, und sagte: „Nun Gottlob, wenn der gerettet ist, so bin ich ruhig."

Unter den Verwundeten aus andern Kantonen befand sich auch alt Schultheiß Schnyder. Ich kannte ihn nicht, erkundigte mich aber, aufmerksam geworden durch das feine Gesicht, nach seinem Namen und redete ihn dann

an. Er warf mir einen Blick schmerzhafter Verwunderung zu, als ich meinen Namen nannte, äußerte, wie die Uebrigen, Zufriedenheit mit der Pflege, fügte aber ängstlich bei, die Hauptsache wäre, daß sie befreit würden.

Die Leitung des Spitals war einem jungen Militärarzte, Dr. Fischer, anvertraut, der seinem Amte mit liebevoller Sorge obzuliegen schien. Ich übergab ihm einige Baarschaft, ebenso Aubry, mit der Bitte, sie nach bester Einsicht zur Erleichterung der Verwundeten, ohne Unterschied des Standes und der Herkunft, zu verwenden.

Herr Aubry war anfangs in Luzern sehr mißtrauisch empfangen worden, denn er hatte nicht bloß die Eigenschaft eines Mitgliedes der Regierung von Bern gegen sich, er war überdieß Katholik und lag als solcher unter dem Verdachte doppelten Verschuldens. Auf meine Versicherung, daß er von jeher gegen die Freischaaren-Unternehmung gewesen, änderte jedoch das Verhältniß bald. Uebrigens verhehlte er seine Gesinnung nicht und weigerte sich nur — so bereitwillig er die Beschwerden Luzerns als gegründet gelten ließ — ein Verschulden der Regierung von Bern anzuerkennen. Weniger zurückhaltend in dieser Beziehung war der Abgeordnete von Aargau, Oberrichter Hürner. Dieser hielt nicht nur mit mir baldige Befreiung der Gefangenen für unerläßlich, er war sogar geneigt, dafür im Namen des Kantons zu unterhandeln, und wünschte dringend, daß wir uns anschließen möchten. Freilich war die Frage für Aargau weit bedeutender als für Bern. Hatte die aargauische Regierung ohnehin das Bewußtsein, durch die Klosteraufhebung alles seitherige Unglück, die Jesuitenberufung und die Freischaarenzüge, veranlaßt zu haben, so fanden sich nun auch viermal mehr Aargauer als Berner in Gefangenschaft, und im nämlichen

Verhältniß war die Zahl ihrer Todten zu derjenigen der unsrigen.

Deßhalb herrschte in Aarau eben so große als gerechte Besorgniß sowohl vor dem eigenen Volke, als vor den katholischen Kantonen; Letzteres um so mehr, als wirklich mehrere Bataillone Luzerner und Schwyzer unter dem Kommando Abybergs, bereit waren, die Grenze zu überschreiten. Auch konnte nur der blinde Schrecken es erklären, wie man Männer wie Hürner und Oberst Schmiel hatte nach Luzern abordnen können. Letzterer war nicht eingetroffen (oder schon wieder fort), Ersterer hingegen ließ nicht bloß die Möglichkeit eines Loskaufes der Gefangenen aus Staatsmitteln durchblicken, sondern suchte sogar zu erfahren, wie hoch die Summe bestimmt werden möchte. Er äußerte große Betrübniß, als wir erklärten, auf solche Unterhandlungen nicht eingehen zu können. — Seiner Ansicht nach handelte es sich um das Opfer einer Million Schweizerfranken, und dieses, meinte er, sei nicht zu groß; Aargau möge die Hälfte, Solothurn, Baselland und Bern die andere Hälfte übernehmen.

Nach dem Mittagessen besuchte mich Oberst Felix Balthasar, ein Freund von Franz Schnell. Er gehörte der liberalen Partei an und bestätigte das Urtheil Peyers über die Schwierigkeit, die Verhältnisse befriedigend zu lösen. Auch er drang darauf, daß ich Leu besuchen möchte, und rieth, mich durch Rathschreiber Segesser nach Ebersol geleiten zu lassen. Dieser hatte einige Monate zuvor einen meiner Freunde in Burgdorf besucht und sich mir bei diesem Anlaß als ein ebenso gebildeter als gemäßigter Mann werth gemacht. Er besuchte mich ebenfalls und willigte ein, mich nach Ebersol zu begleiten. Da er im Militärdienste war, so bedurfte er der Erlaubniß des Generals

von Sonnenberg. Dafür sorgte Balthasar, ein Neffe Sonnenbergs. Wir dachten am Montag die Reise zu machen.

Sonntag Nachmittags (6. April) entwölkte sich der Himmel, einige Sonnenstrahlen brachen durch. Sie schienen zum Spaziergange einzuladen. Ich besuchte den Pfyfferschen Löwen, Herr Rothpletz geleitete mich. Dann gingen wir in einen öffentlichen Garten, wo Bier ausgeschenkt wurde. Hier verweilten wir ziemlich lange. Es waren noch andere Gäste anwesend; viele Militärs, theils Luzerner, theils Schwyzer, und andere zogen umher. Aber auch hier blieben wir ganz unbeläſtigt, und namentlich erlitt Rothpletz, obschon keine Woche verflossen, seit sein Bruder an der Spitze der Freischaaren auf dem Gütsch erschienen, nicht die geringste Beleidigung.

Montag Mittags (7. April), als ich eben im Begriffe war nach Ebersol abzureisen, kam die Anzeige, Leu befinde sich in Luzern und wünsche mich zu sprechen. Ich begab mich sogleich in den bezeichneten Gasthof. Leu war eben am Tische. Man führte mich in ein kleines Seitenzimmer, und hier folgte dann ein ziemlich langes Gespräch. Ich hatte Leu nie gesehen und fand in ihm einen Mann im kräftigsten Alter, von starkem Knochenbau und mehr als mittlerer Größe, mit kleinen, aber lebhaften Augen, rothen Wangen und freundlichem Aussehen, eine schöne Bauerngestalt. Ich hatte erwartet, Leidenschaft und Fanatismus zu treffen; dieß war nicht der Fall. Ich erklärte ohne Umschweife den Zweck meines Besuches und bat um Milde für die Gefangenen. Leu erwiederte: Hieran solle es nicht fehlen; die Thatsache, daß 2000 Gefangene lebend in Luzern seien, während das Gesetz Vernichtung der Freischaaren gebiete, gebe den Beweis, daß man nicht blutdürstig sei. Allerdings herrsche große Erbitterung über die unabläſſigen

Anfeindungen, und das Luzernervolk wolle nun einmal Frieden haben; allein dennoch werde man milde verfahren, und das könne er versichern, daß es die Mäßigung nicht von den Radikalen lernen wolle.

Ich ging dann näher auf die Verhältnisse ein und wagte den bestimmten Wunsch, daß kein Blut mehr vergossen werde. Dieß erregte Sturm. Kaum hatte ich das Wort ausgesprochen, so ballte Leu krampfhaft die Fäuste und rief — im heftigsten Affekt sich umdrehend — „das ist nicht möglich, das ist nicht möglich". Ich äußerte meinen Wunsch noch dringender, allein Leu blieb bei der Erklärung, daß es unmöglich sei, beifügend, das Volk wolle einmal Ruhe haben und würde es nicht dulden, daß die Rädelsführer der verdienten Strafe entgingen. Dieß bezog sich sichtbar zunächst auf Steiger. Ich vermied es daher, diesen Namen auszusprechen; dagegen erlaubte ich mir, das Gespräch auf Rothpletz zu wenden und, indem ich das besondere Interesse erklärte, welches ich an dessen Schicksal nahm, einige Andeutungen über die Verhältnisse zu machen, welche ihn in den Freischaarenzug verwickelt hätten. Dies stimmte Leu wieder ruhiger. Er hörte den Eröffnungen aufmerksam zu und bemerkte darauf: „Das ist was Anderes, das sind Gründe, der kann vielleicht begnadigt werden." Ich suchte dann auch Leu begreiflich zu machen, wie wichtig für die Zukunft der Parteien in andern Kantonen es sei, daß Luzern möglichst gelinde verfahre; allein er schien sich daraus nichts zu machen; für ihn war die Frage bloß eine luzernische. Er ward indessen allmälig zutraulicher. Am Ende bemerkte er, er könne nicht begreifen, welches Interesse andere Kantone und vorab Bern hätten, Luzern und überhaupt die katholischen Stände stetsfort anzufeinden. Er sei Katholik,

aber dennoch bereit, wenn es sein müßte, für seine protestantischen Brüder Gut und Blut zu opfern; man möge doch auch sie unangefochten lassen bei ihrer Religion und ihren Institutionen, dieß sei Alles, was sie begehrten.

Abends besuchte ich noch alt Schultheiß Kopp, mit welchem die außerordentliche Tagsatzung vom März 1841 mich in Berührung gebracht hatte. Ich fand ihn außerordentlich niedergeschlagen, geistig und körperlich leidend. Er schien verwundert über meine Erscheinung, „die ihm wie die eines Engels vorkomme", hoffte aber wenig und erging sich in den jammervollsten Klagen über die Fehler der eigenen und die Schlechtigkeiten der andern Partei. Unaufhörlich, versicherte er, sei von ihm und einigen Freunden, namentlich Pfyffer, vor Gewalt gewarnt worden. Allein man sei von Uebertreibung in Uebertreibung gestürzt und habe nur noch der Leidenschaft Gehör geschenkt. Er persönlich sei bis jetzt unbelästiget geblieben, aber auf Alles gefaßt, weil nichts für unmöglich haltend. Leider feßle ihn Grundbesitz an Luzern, sonst würde er diese Jammerstätte verlassen; denn auch die Zukunft biete keine Hoffnung: Der Große Rath bestehe fast ausschließlich aus Landleuten, die, aller Bildung und Geschäftskenntniß entbehrend und vor Allem mißtrauisch gegen Bildung und Kenntniß, blindlings einigen Führern folgten, die ihrerseits unbedingt von der Geistlichkeit geleitet würden, und aus dieser Sphäre die öffentliche Gewalt heraus zu bringen, sei unmöglich infolge der direkten Wahlen, vor denen der Himmel Bern bewahren möge; denn durch sie sei, da über dieß kein Census bestehe, der Wahlentscheid in die Hände der untersten Volksklasse gefallen, die von den Geistlichen nach Belieben geleitet würde.

Kopp befürchtete blutige Executionen, namentlich hielt

er Steiger für unrettbar verloren und äußerte um so schmerzlichere Bekümmerniß darüber, weil er noch zur Stunde Mitglied des Obergerichts sei und als solcher die Verpflichtung voraussehe, gegen Tausende, welche am Freischaarenzuge Theil genommen, Todesurtheile auszusprechen, ungewiß, ob sie Vollziehung erhalten. Müßte er Letzteres auch nur von Einem als gewiß voraussetzen, so würde er die Stelle sogleich niederlegen; so lange ein Schimmer von Hoffnung bleibe, fühle er sich hingegen doppelt zum Ausharren verpflichtet; denn als Oberrichter könne er wenigstens verhüten, daß nicht auch die Formen verletzt würden, zu deren Mißachtung Viele nur allzu geneigt, und durch Zögerung allein lasse sich vielleicht das Schlimmste abwenden.

Kopp ging dann zur Beurtheilung einzelner Führer der herrschenden Partei über. Zu meiner größten Verwunderung stellte er Siegwart-Müller in allen Privatbeziehungen, namentlich als Vater und Gatte, als ein Muster dar, nur seine politische Wirksamkeit verwerfend. Dagegen nannte er Regierungsrath Kost ein wahres Sch . . . . l als Privatmann wie als Beamten. Gegenwärtig sei derselbe ein blinder Gegner jeder liberalen Bestrebung in Staat und Kirche, während er früher, den ärgsten Sansculottismus und Unglauben zur Schau tragend, den religiösen Cynismus so weit getrieben, in einer Gesellschaft Studirender die Gesundheit des Teufels auszubringen. Die allgemeine Verachtung habe ihn unter der frühern Verwaltung zu keiner Geltung gelangen lassen. Jetzt spiele er eine Hauptrolle. — Auch den Staatsschreiber Meyer beurtheilte Kopp nicht günstig; doch war, was er ihm hauptsächlich vorhielt, Undank gegen die frühere Verwaltung, die ihn auf Staatskosten habe

studiren lassen. Eduard Pfyffer vorzüglich sei ein Gönner Meyers gewesen, der, kaum von der Universität zurück, sich Pfyffers Gegnern angeschlossen.

Herr Rothpletz hatte noch einen Versuch gemacht, zu seinem Bruder zu gelangen, der in einem Thurme der Stadtmauern eingeschlossen war. Es war ihm aber nicht gelungen. Doch konnte er demselben einige Speise, eine Flasche Wein und in einem Billet einige tröstende Worte zukommen lassen. Dieß geschah durch den Thurmwächter, der sich zu jeder mit seiner Pflicht verträglichen Erleichterung bereit erklärte. Herr Rothpletz übergab ihm etwas Geld für die Bedürfnisse des Bruders. Man hatte gewünscht, demselben ein Bett zu verschaffen, allein dieß ward, angeblich der Consequenz und des beschränkten Raumes wegen, nicht gestattet. Ein kleines Geschenk fand beim Wärter willige Aufnahme.

Nachts um 9 Uhr reisten wir wieder von Luzern ab, auch dießmal mit der Post, über Willisau und Huttwyl. Regierungsrath Aubry hatte Luzern schon im Laufe des Nachmittags verlassen.

Am 12. April erhielt ich ein Schreiben von Oberrichter Hürner. Er befand sich neuerdings in Luzern, dießmal mit Oberst Schmiel im Namen der Regierung. Er bemerkte, ihre nächste Aufgabe sei wieder Erleichterung des Looses der Gefangenen und, wo immer möglich, Rettung des Obersten Rothpletz; indessen würden sie auch auf Pacificationsvorschläge vorläufig eingehen und bedauerten deßhalb, daß der bernische Bevollmächtigte — (Herr Hürner betrachtete mich also nicht als solchen) Luzern schon verlassen. Herr Hürner wünschte, daß ich selbst dorthin zurückkehren möchte, und äußerte: „Ich glaube, die hochwichtige Sache der allgemeinen Herstellung des Frie-

desstandes würde mächtig vorrücken, wenn nicht unsere Gesandtschaft in Zürich durch ihr pochendes Auftreten uns in den Weg träte." Er fragte dann, was an dem Gerüchte sei, daß die Unterhandlungen mit Bern hinsichtlich einer bedeutenden Auslösungssumme für die Gefangenen, als Schadloshaltung, dem Abschluß nahe seien, und fügte am Ende bei: „Für Rothpletz habe ich bessere Aussicht."

Am 13. folgte ein zweites, dringenderes Schreiben von Herrn Hürner. Er bemerkte darin, nach einer Abends zuvor abgehaltenen Conferenz mit Regierungsabgeordneten sei die Herstellung des Friedens möglich, „insofern die aargauische Regierung den — nach seiner Ansicht — nicht unbilligen Forderungen von Luzern entgegenkömmt, was sie freilich nicht ohne Mitwirkung von Bern thun wird." Daß diese Forderungen in einer Geldentschädigung bestunden, darüber ließ das Schreiben keinen Zweifel. Es koste, bemerkte Herr Hürner — „einige Demüthigung — nicht eine erniedrigende — und etwas Geld. Und was ist dieses in der großen Waagschale?"

Er fügte bei:

„Aber Eile, sehr Eile hat die Sache, nicht allein wegen den täglich sich mehrenden Kosten der hier aufgestellten Truppen (13 Bataillone mit Spezialwaffen) und der 2000 Gefangenen, sondern wesentlich darum, weil die gerichtliche Untersuchung und Beurtheilung der Hauptangeklagten schnell vorrückt und die Begnadigung nur als Schlußstein des Friedens gehofft werden kann. Bluturtheile und deren Vollziehung würde die Kluft weiter reißen, und dann ist allein Gott bekannt, was bei der Entrüstung der Gemüther weiter wird."

Der Brief enthielt die weitere Anzeige, daß Oberst

Schmiel morgen (den 12.) nach Aarau gehen werde, um die Regierung zum Eintreten in Friedensunterhandlungen zu bestimmen, und schloß dann mit der Erklärung: „Ich bleibe hier, wesentlich um einen Abgeordneten von Bern zu erwarten und mit demselben übereinstimmend zu handeln."

Herr Aubry, dem die Dringlichkeit der Auslösung der Gefangenen nicht entgangen war, hatte, ungeachtet er alle dahin zielenden Anträge ablehnte, bei seiner Abreise den festen Willen ausgesprochen, auch in Bern auf Anknüpfung von Unterhandlungen hinzuwirken, und ich hatte ihm auf dringendes Bitten das Versprechen gegeben, falls wir zusammen abgeordnet würden, die Mission nicht abzulehnen.

Kaum war Herrn Hürners zweiter Brief durchlesen, so übersandte ich ihn Aubry. Am 14. Abends erhielt ich auch von ihm eine Zuschrift. Im Eingang erzählt er: Gestern Abends — 13. April — sei der Beschluß des Großen Rathes von Luzern dem Regierungsrathe vorgelegt und daraufhin beschlossen worden: „de ne rien faire pour le moment." Unterdessen sei heute eine Bittschrift eingelangt, welche die Dazwischenkunft der Regierung fordere, und dieser Akt dem diplomatischen Departemente übersendet worden, um morgen — am 15. — darüber Bericht zu erhalten. — Herr Aubry bemerkte dann, diesen Augenblick empfange er einen Brief, der den Zustand der Gefangenen in Luzern als befriedigend darstelle und auf Abordnung von Commissarien zur Vermittlung ihrer Freilassung dringe, worauf er beifügte: „Nous verrons ce que nous pourrons faire demain. Je ferai tous mes efforts, parce que je crois qu'à cette question se rattache une autre d'une importance majeure pour notre patrie. A tout prix il

nous faut rétablir la paix.“ — Den Brief von Herrn Hürner hatte er noch in Händen, um ihn zu gleichem Zwecke zu benutzen.

Am 15. Abends kam ein Zettelchen von Aubry mit der Anzeige, daß wir Beide vom Rath zu Abgeordneten ernannt worden und daß er mich in Burgdorf abholen werde, um vorerst — nach dem Willen der Behörde — nach Zürich zu reisen.

Kaum war ich im Besitze dieser Mittheilung, so traf auch Aubry schon ein, der mir das Schreiben der Regierung überbrachte. Die Behörde sagte darin:

„Aus Rücksichten der Humanität und im Interesse der in Luzern gefangenen bernischen Theilnehmer am letzen Freischaarenzuge haben wir beschlossen, zwei hierseitige Abgeordnete an die Regierung von Luzern zu senden mit dem Auftrag, von derselben die nöthigen Erläuterungen über ihre Forderungen hinsichtlich der Freilassung der Gefangenen zu erhalten und auf diese gestützt allfällig die fernern Unterhandlungen anzubahnen, sowie überhaupt auf möglichst humane Behandlung der Gefangenen hinzuwirken.“

Aubry wünschte noch gleichen Abend abzureisen. Dieß konnte ich nicht. Wir fuhren am 16. Morgens von Burgdorf ab. Um 5 Uhr Abends erreichten wir Baden. Hier ließen wir unsere Pferde zurück und bestiegen den Eilwagen. Um 8 Uhr befanden wir uns bereits in Zürich. Wir suchten sogleich die bernische Gesandtschaft auf.

Neuhaus war in seinem Zimmer, Oberst Dufour bei ihm. Dieser entfernte sich bald, worauf Neuhaus nach dem Zwecke unserer Reise frug. Die Eröffnung Aubry's, wir begäben uns im Auftrage des Regierungsrathes nach Luzern, überraschte ihn sichtbar unangenehm.

Er verbarg auch den Aerger darüber nicht. „Je suis bien aise de vous voir ici comme collègue — sagte er zu Aubry — ainsi que le cousin, — (so nannte er mich unter Bekannten) — mais je suis fâché que ce soit pour ce motif. Le conseil exécutif a eu une mauvaise idée de vous envoyer à Lucerne.“ Er berührte dann noch Anderes, was die Regierung seit seiner Entfernung von Bern gemacht, und bemerkte: „Je ne sais ce que fait ce conseil depuis que je n'y suis pas.“ Aubry deutete, jede schroffe Entgegnung vermeidend, auf die Wünschbarkeit der Befreiung der Gefangenen. Allein Neuhaus ward nur gereizter und erlaubte sich die härtesten Ausdrücke über die Regierung von Luzern, wie über die Gefangenen, die für ihre That verdienten, was sie erlitten. Aubry bemerkte hierauf, daß nach Allem, was geschehen, die Betreffenden und mit ihnen ein großer Theil des Volkes die Meinung hätten, auch die Regierung sei nicht frei von Schuld. Allein Neuhaus entgegnete zornig: „Le gouvernement n'y est pour rien, que ces Freischärler viennent nous accuser, je les attends.“ Dann kam die Rede auf den Zustand des Kantons. Neuhaus bemerkte, seit einigen Tagen seien allerlei beunruhigende Gerüchte über Bern im Umlauf; erst heute noch habe es in Zürich geheißen, die Regierung sei gestürzt; Jedermann bestürme ihn deßhalb mit Fragen, es sei sehr unangenehm. Aubry erwiederte: Bis jetzt sei die öffentliche Ordnung unverletzt. Doch möge er sich versichert halten, daß die radikale Parthei an einen Umsturz denke. Neuhaus wollte dieß nicht glauben. Allein Aubry wiederholte seine Warnung noch entschiedener, und fügte dann bei: „Je ne sais pas, Mr. l'avoyer, quelle position vous pensez prendre vis-à-vis de ces anarchistes;

quant à moi, je suis décidé, ils me briseront ou je les briserai.“ Neuhaus kam dann wieder auf unsere Mission zurück. Er nannte es eine Infamie, daß Luzern ein Lösegeld für die Gefangenen fordere, und wollte wissen, daß Aubry bei seiner ersten Anwesenheit in Luzern Hoffnung auf eine Million erregt, zu welcher Bern die Hälfte beitragen würde. Dieß wies Aubry mit Entrüstung zurück, die daherigen Angaben als lügenhaft bezeichnend. Allerdings sei — bemerkte er — die Forderung einer Entschädigung in Geld gestellt worden; er habe sie aber, weil ohne Ermächtigung zur Unterhandlung auf solcher Grundlage — unbedingt abgelehnt. Seither hätten sich jedoch die Ansichten der Regierung geändert. Das einstimmige Geschrei der heimgekehrten Freischärler und der Familien der in Luzern zurückgehaltenen, daß diese stecken gelassen würden und die steigende Aufregung der Grenzbevölkerung erheischten schnelle Erledigung der Frage, wenn nicht die Ruhe des eigenen Kantons und der ganzen Schweiz durch einen neuen Ausbruch gefährdet werden solle. Allein Neuhaus beharrte darauf, daß die Befreiung nicht mit Geld bewirkt werden dürfe. „Ils en font une question d'argent, eh bien! j'en fais une question d'honneur; je ne veux pas, que l'honneur de notre canton soit sali pour ces misérables.“ Er versuchte dann uns zum Aufgeben unserer Mission zu bestimmen, und da dieß nicht gelang, bemerkte er: „Je suis sûr, que Wieland pleurera, quand je lui donnerai cette nouvelle, et Munzinger aussi,“ beifügend, wir zerstörten damit alle Pläne der liberalen Gesandten und des eidgenössischen Commissariats, das sich bereits in Luzern befinde um die Frage als eine schweizerische zu erledigen; denn, bemerkte er, eben solle deßhalb eine Besprechung stattfinden.

Wir ersuchten ihn, sich derselben nicht zu entziehen, mittlerweile würden wir Regierungsrath Weber sehen. Neuhaus entfernte sich dann wirklich, kehrte aber bald zurück, sichtbar gedrückt. Aubry frug, ob sie schon fertig? Er erwiederte: „ Non pas précisément, mais on répand toutes sortes de bruits sur notre canton, c'est bien fâcheux.“ Aubry bemerkte darauf: „Ah, Monsieur l'avoyer, comme j'ai déjà eu l'honneur de vous le dire, on ne peut pas se dissimuler, que nous nous trouvons dans une position très-critique; “ worauf Neuhaus: „Je suis venu pour vous prier de ne pas en parler“ und dann plötzlich die Stimme erhebend: „Si on vous demande, dites que nous sommes forts, très-forts!“

Unterdessen war Weber gekommen. Neuhaus kehrte in seine Conferenz zurück, und wir wünschten nun auch von jenem zu wissen, was er über unsere Mission denke. Allein wir vernahmen dieß nicht. Weber erzählte uns statt dessen von sich selbst, von seiner Geltung bei der Tagsatzung, sogar bei konservativen Gesandtschaften, und von der Schroffheit Neuhausens, dessen Gereiztheit und herrisches Wesen auch den politischen Freunden lästig zu werden beginne. Offenbar hatte Weber seinen Collegen nur ungerne in die Tagsatzung zurückkehren sehen und nach seiner Meinung galt dasselbe von manchem Andern, sogar von Munzinger. Er schien dabei besonders bei mir willige Ohren vorauszusetzen. Allein ich hatte keine Begierde nach solchen Enthüllungen. Ich unterbrach sie daher mehrmals mit der Bitte, auf die Frage zu kommen, die uns hergebracht. Ebenso versuchte Aubry wiederholt, dem Gespräch diese Wendung zu geben. Aber vergeblich: Auf die allgemeinen Andeutungen folgten eine Menge einzelner

Anbringen, die immer auf den gleichen Punkt hinausliefen, daß es besser gewesen wäre, Neuhaus wäre nicht an die Tagsatzung zurückgekehrt, und so nur die eigene Eitelkeit darlegten, während sie diejenige des Kollegen bloßstellen sollten. Nach einer mehrstündigen Unterredung zogen wir uns zurück, ohne mehr zu wissen, als daß zwischen beiden Gesandten Mißstimmung herrsche.

Am folgenden Morgen (17. April) sahen wir Neuhaus und Weber zum zweiten Male, jedoch ohne klüger zu werden. Wir fanden bei diesem die gleiche freundliche Versteckheit, bei jenem den nämlichen offenen Aerger. Ich besuchte noch einen Freund, und gegen Mittag setzten wir die Reise fort. Wir langten noch denselben Tag in Luzern an und trafen im Gasthof, in dem wir abstiegen, Herrn Schultheiß Rüttimann mit vielen bürgerlichen und militärischen Notabilitäten zu Nacht speisend. Im nämlichen Saale, aber an einem besondern Tische, saß Landammann Näff aus St. Gallen. Schultheiß Rüttimann erhob sich sogleich zur Begrüßung, Herr Näff schien uns nicht zu beachten. Nach einiger Zeit ward ich demselben vorgestellt. Er war äußerst kalt. Unverkennbar erregte unser Erscheinen Mißtrauen und mehr als dieses bei ihm. Er vermied anfänglich auf die Frage einzugehen, die uns doch beidseitig beschäftigen sollte, sprach dann aber, als ich sie in Anregung brachte, offen die Besorgniß aus, unser Auftreten als besondere Abgeordnete Berns werde seine ganze Wirksamkeit in der Sache zerstören. Nach seiner Ansicht mußte die Frage der Gefangenen, um eine glückliche Lösung zu finden, als eine allgemein schweizerische behandelt werden; die Anknüpfung von Unterhandlungen durch einzelne Kantone würde aber dieß unmöglich machen; wohl möchten dann die bernischen Gefangenen befreit werden; allein

es blieben diejenigen anderer Kantone zurück, und an Rettung, namentlich der Luzerner, sei nicht zu denken. Wir beruhigten ihn durch die Zusicherung, daß auch uns nichts erwünschter sein könnte, als gleichzeitige Erledigung der ganzen Frage, und daß wir, weit entfernt, die Bemühungen des Kommissariats dafür erschweren zu wollen, uns zur Pflicht machen würden, dasselbe in jeglicher Weise zu unterstützen. So ward Näff allmälig zutraulicher. Er eröffnete uns dann, es habe in seiner Absicht gelegen, sämmtliche betheiligte Stände zu einer Konferenz einzuladen und dann gewissermaßen als Vermittler aufzutreten; es seien zu dem Zwecke die Einladungsschreiben bereits gemacht, allein nun werde dieser Plan durch unser Auftreten durchkreuzt; denn es lasse sich voraussehen, daß Luzern, sobald Aussicht auf getrennte Unterhandlungen bestehe, auf eine gemeinschaftliche nicht eingehen werde. Herr Näff wünschte deßhalb, daß wir wenigstens vor der Hand uns passiv verhalten möchten. Darauf wollten wir nicht eingehen. Wir entgegneten, die Erfahrung sei nicht geeignet, große Hoffnungen auf eidgenössische Dazwischenkunft zu begründen, die Lage der Dinge gestatte aber keinen Aufschub, und obschon sehr geneigt, die Bestrebungen des Kommissariats für Befreiung der sämmtlichen Gefangenen zu unterstützen, könnten wir doch, die Möglichkeit ihres Mißlingens voraussehend, nicht unterlassen, vorläufig für unsern Kanton zu unterhandeln. Wir verabredeten dann auf den folgenden Morgen eine einläßlichere Besprechung, und hier ertheilten wir beiden Kommissarien die Zusicherung, daß bei unsern Unterhandlungen mit Luzern der ausdrückliche Vorbehalt gemacht werden solle, es dürften dieselben nicht zum Motive dienen, gemeinschaftliche von der Hand zu weisen. Diese Zusage schien zu befrie-

digen. Wir baten übrigens, daß der beabsichtigten Einladung Folge gegeben werde. Infolge dessen gingen die Schreiben wirklich ab. Der zweite Kommissär, Kanzleidirektor Hösli aus Chur, den ich früher schon gesehen, verließ bald darauf Luzern. Er war körperlich unwohl und litt sichtbar gemüthlich noch mehr. Ich sah mehrmals Thränen in seinen Augen, wenn wir über die Lage unsers Vaterlandes sprachen. Näff blieb stets kalt und zurückhaltend.

Am Tage unserer Ankunft in Zürich hatte die Gesandtschaft eine dringende Abmahnung von Unterhandlungen mit Luzern nach Bern gesandt. Glücklicherweise war das Schreiben noch nicht angekommen, als unsere Abordnung beschlossen wurde. Noch auffallender als dieser Schritt, von welchem weder Neuhaus noch Weber ein Wort sagte, war, daß beide am 16. April — also einen Tag nach dem Beschlusse des Regierungsrathes — an Landammann Näff nach Luzern schrieben: „Daß es nach ihrem Wissen durchaus nicht in dem Willen der Regierung Berns gelegen habe, über Freilassung ihrer gefangenen Angehörigen von Amtswegen in Unterhandlung mit Luzern einzutreten; so daß allfällige Angebote von Herrn Regierungsrath Aubry, der letzthin einzig nach Luzern gesendet worden, um das Loos der gefangenen Berner zu erleichtern — nur als voreilige Privatäußerung angesehen werden können."

Daß eine solche Eröffnung uns mißtrauischen Empfang bereitet hatte, ist begreiflich. Sie war um so auffallender, da die erste Vollmacht Aubry's, welche ausdrücklich dahin ging, „die Befreiung der gefangenen bernischen Theilnehmer am Freischaarenzuge unter zu ermittelnden Bedingungen — oder — wenn diese

nicht erhältlich wäre, doch die Erleichterung der Lage derselben zu bewirken," Neuhausens Unterschrift trug. Näff mochte diese Vollmacht unbekannt sein; aber kaum war obige Zuschrift von Neuhaus und Weber in seinen Händen, so bekam er unsere Instruktion vom 15. April zu Gesicht, und das Ganze mußte ihm eine traurige Idee vom bernischen Regimente geben. Doch mochte er sich durch diese widersprechenden Akte noch weniger überrascht finden als die bernische Gesandtschaft selber, als diese kurz nach Erlaß ihrer Zuschrift an denselben unsern Besuch und am 17. April die offizielle Anzeige des Regierungsrathes erhielt, daß er uns nach Luzern abgeordnet habe, „um nichts unversucht zu lassen, das Vaterland vor größerem Unglück zu bewahren." Die Behörde erklärte dabei, sie könne nicht verhehlen, „daß die Gefangenhaltung von mehr als 200 bernischen Bürgern in Luzern unsere gesammte Kantonsbevölkerung tief aufrege und daß, wenn diese Haft noch einige Zeit fortdauern sollte, beinahe unvermeidlich eine allgemeine Commotion zu gefahren wäre."

Die Gesandtschaft ließ indessen noch jetzt nicht ab, unserer Mission entgegenzuwirken. Kaum waren wir von Zürich nach Luzern abgereist, so sandte sie einen vom 16. datirten Bericht des eidgenössischen Kommissariats nach Bern, worin eben diejenigen Mittheilungen von voreiligen Angeboten an Luzern enthalten waren, welche Aubry lügenhaft geheißen hatte, und dem sie die Erklärung beifügten:

„Der eidgenössische Repräsentant Herr Näff ist ganz einverstanden, daß nichts die Erzielung einer Amnestie mehr verhindern wird, als partielle Unterhandlungen der Regierungen. Im Einverständniß mit ihm hatten sich die liberalen Stände verstanden, ihm die Einwirkung zu über-

lassen und ihn nicht durch partielle Schritte zu neutralisiren. Ihre Sendung hat den ganzen Plan wahrscheinlich vereitelt, da der Zweck sogar amtlich bekannt gemacht worden ist, und insofern vom eidgenössischen Standpunkte aus geschadet."

Unterdessen erhielt ich persönlich zwei andere Briefe, den einen von Oberrichter Hürner, aus Luzern nach Burgdorf gerichtet, den andern vom ältern Knechtenhofer aus Thun. In jenem war abermals auf die Dringlichkeit eines Vergleichs hingewiesen. Herr Hürner bemerkte in dieser Beziehung:

„Wenn die Regierungen der angreifenden Stände nicht eintreten sollten, so wird Luzern auf den Einzelnen sich zu erholen suchen für die Schadloshaltung, auf der es einmal fest besteht und bei der Stimmung des Volkes bestehen muß. Zur Erreichung dieses Ziels wird man es hier auf das Aeußerste treiben. Auf der andern Seite, weit entfernt, daß die Erbitterung der Gemüther sich lege, steigert sich dieselbe von Tag zu Tag, und diese Erbitterung wird zunehmen, wenn die angesehenern und bedeutendern Freischaaren-Männer hier zurückbehalten werden, während der Troß freigelassen wird. Was soll dann werden? Der Einmarsch der legalen Freischaaren! schreien unsere unruhigen Köpfe." Dabei versicherte Herr Hürner, wegen Rothpletz je mehr und mehr Hoffnung zu haben. Derselbe habe durch offenes und loyales Benehmen in den Abhörungen die Gunst der Richter gewonnen. Ein Blut-Urtheil bleibe zwar noch immer möglich, unfehlbar aber werde Begnadigung folgen." „Was mit den übrigen Gefangenen wird — war

weiter gesagt — ist Gott bekannt. Ein einziges Wort könnte alle befreien: Etwas Geld! und darüber marktet man; wie klein und elend sind wir."

Herr Knechtenhofer berichtete: „Hier treten, sowie im Oberlande und Nieder-Simmenthal, die zurückgekehrten Freischärler mit unbeschreiblicher Arroganz auf, um ihre Schlappe, ihre Blöße zu decken. Sie lärmen und schreien wie Wüthende, nebst ihren zu Hause gebliebenen Confratres, und nach ihren Aeußerungen würde eine dritte Auflage nach Luzern nicht ausbleiben." Er kündete mir die Abreise seines Bruders Fritz nach Bern an, um Schultheiß von Tavel und Regierungsrath Jaggi, Präsident des Militärdepartements, die Nothwendigkeit ernsten Einschreitens vorzustellen, und fügte dann bei: „Ich bitte, wirken Sie doch auch von dorten aus bei unserm Regierungsrath kräftig dahin, daß die Schreier mit Kraft zur Ruhe und Ordnung gewiesen werden. Ihre Stellung gibt Ihnen nun einen gewaltigen Hebel in die Hand."

Dieß Letztere war nicht der Fall. Ich stund um diese Zeit zu der Mehrzahl der Regierungsglieder in sehr mißlichem Verhältniß. Tavel hatte mich vor wenigen Monaten offen als „Feind der Regierung" bezeichnet und unter diesem Titel vom Präsidium des Großen Rathes entfernen helfen. Von Neuhaus, dem ich sehr anhing, hatte ich selbst mich zurückziehen müssen; von den Stadtbernern stund mir keiner irgend näher, und die Landleute sahen durchgehends einen Aristokraten in mir; manche hatten mich in jüngster Zeit gemieden, wie einen Pestkranken, nur einer, Steinhauer, mir stets Freundschaft und Vertrauen erhalten und Aubry wenigstens nie Mißtrauen gezeigt. — Von persönlichem Einfluß auf die

Regierung konnte also nicht die Rede sein; dagegen entspann sich allerdings, durch die Umstände begünstiget, das vertrauteste Verhältniß zu Aubry, das dann Grundlage des spätern Umschwungs in der Regierung wurde. Schon beim ersten Zusammentreffen in Luzern hatte mir Aubry anvertraut, daß einige Regierungsglieder die Nothwendigkeit einsähen, die bisherige Politik, sowohl in kantonalen als in eidgenössischen Dingen, aufzugeben, und die Frage gestellt, ob die Opposition es über sich vermöchte, die Regierung, falls sie sich redlich annäherte, zu unterstützen. Ich hatte die Beiseitsetzung jeder persönlichen Empfindlichkeit und bereitwilligste Unterstützung zugesagt, wenn nur ehrenhaft regiert werde. Später war er weiter gegangen und hatte, unter Wiederholung der gleichen Frage, die Erklärung gegeben, daß Tavel einverstanden sei. Ich äußerte Verwunderung darüber, aber bestätigte, daß nicht Persönlichkeiten, sondern die Handlungsweise der Regierung mich bestimmen würden, worauf die Bemerkung fiel: „Ce n'est pas tout de s'entendre, il faudrait que vous pussiez le voir.“ Dieß hatte ich jedoch abgelehnt. Führten mich Pflicht oder Geschäfte zu Tavel, so würde ich ohne Anstand thun, was meines Amtes; zu persönlichen Huldigungen könnte ich mich nicht verstehen. Ich setzte v. Tavel in dieser Hinsicht Neuhaus entgegen. Mit diesem sei ich politisch überworfen, aber meine persönliche Zuneigung zu ihm daure fort; ich beklage es, ihn nicht mehr sehen zu können. Mit Tavel möge ich vielleicht politisch einig gehen, aber die Person lasse mich kalt und ohne Vertrauen. Dadurch waren wir zu näherem Eintreten in die Wirksamkeit Beider und am Ende zur Erklärung Aubry's geführt worden, die größte Schuld unserer unglücklichen Lage treffe Neuhaus, und nach seiner

Ueberzeugung, die v. Tavel theile, sei kein Heil zu erwarten, so lange derselbe an der Spitze der Geschäfte bleibe. Später folgten ähnliche Eröffnungen über andere Collegen und mancherlei Enthüllungen über den innern Haushalt der Regierung, die an der Existenz tiefer Zerwürfniß und an der ernsten Absicht mehrerer Glieder, eine bessere Bahn zu betreten, nicht mehr zweifeln ließen. Die Folge davon waren die vertraulichsten Besprechungen über Zweck und Mittel. Die revolutionären Elemente müßten, darüber waren wir einverstanden, ohne Verzug niedergehalten und in der Regierung selbst bezwungen werden; sonst gingen wir in Kurzem einer Umwälzung entgegen; und die ebenso gefährliche als verkehrte Politik in eidgenössischen Dingen, welche, da Neuhaus vor Allem ihr Träger war, allmälig die Bezeichnung „System Neuhaus" erhalten hatte, bedürfe gänzlicher Umkehr. Dabei fiel mancher Rückblick auf die Vergangenheit, und ich konnte mich, da Aubry seinen Tadel auf Jahre zurückfallen ließ, der Bemerkung nicht enthalten, wie er bei solcher Gesinnung so lange stumme Opposition habe machen können? Er erwiederte: „C'est vrai, je faisais le poing dans la poche, mais que vouliez-vous; devais-je casser ma tête contre un mur? Faire de l'opposition plutôt n'eût servi à rien; maintenant que l'expérience a parlé, c'est autre chose." Ich theilte diese Ansicht nicht, aber freute mich des Zeugnisses Aubry's, daß die Mehrheit der Regierung im Wesentlichen einig sei. Nach seiner Meinung war nur die Persönlichkeit Neuhausens zu fürchten; denn obschon die jüngsten Ereignisse auch auf ihn des Eindruckes nicht verfehlt, lasse doch sein Eigensinn, besonders wenn von anderer Seite neuerdings die Eitelkeit angeregt würde, mehr fürchten, als hoffen; in dieser Hinsicht sei große

Vorsicht nothwendig; vor der Hand lasse sich nichts thun ohne Neuhaus, später möge er entbehrt, vielleicht beseitigt werden. Unmöglich sei indessen nicht, daß gerade sein Stolz und seine Eitelkeit ihn von der radikalen Partei abwenden würden; denn Eingriffe in die Regierungsgewalt würde er nicht ertragen, und würde seine Person verletzt, so sei der Friede dahin.

Darin irrte Aubry nicht. Die Regierung hatte in den letzten Tagen Merz durch eine Proklamation vom Freischaarenzuge abgemahnt und den Beamten, welche Theil nähmen, mit Entsetzung gedroht. Einige waren in Folge dessen zurückgeblieben, andere nicht. Am 14. April kam es zur Berathung, was mit den Letztern, worunter ein Pfarrer, ein Oberrichter, ein Regierungsstatthalter — zu thun sei? Neuhaus forderte ungestüm sofortige Abberufung. Ehre und Ansehen der Regierung geböten diesen Schritt. Die Mehrheit aber entschied für bloße Einstellung.

Damit war der Grund zum Bruche gelegt. Am 18. April brachte die „Bernerzeitung" den ersten Angriff gegen die Regierung und gegen Neuhaus persönlich und nach wenigen Tagen schon war allgemein die Rede von einem „Putsch."

Den 17. April machten wir schon um 8 Uhr Morgens dem Schultheißen Rüttimann einen Besuch, und bald darauf folgte eine Konferenz auf dem Regierungsgebäude, welcher luzernischer Seits die Regierungsräthe Eutych Kopp und Kost beiwohnten.

Wir erklärten die Geneigtheit, in einen Loskauf der Gefangenen einzutreten, stellten jedoch zwei Vorbedingungen:

Erstlich, daß diese Separatunterhandlung der im Namen sämmtlicher Stände einzuleitenden in keiner Weise hinderlich sein,

Zweitens, daß wir nicht als Bevollmächtigte der Regierung von Bern, sondern nur als Vertreter der gefangenen Berner anerkannt, und der Vertrag im Namen dieser Letztern abgeschlossen werden solle.

Die luzernischen Committirten erklärten sogleich ihre Zustimmung zu beiden Reservaten, Kost mit dem Beifügen: wenn sie nur das Geld erhielten; wer es gebe, sei gleichgültig.

Dann baten wir um nähere Bestimmung der Gedinge. Sie forderten außer einer Geldentschädigung Sicherstellung gegen fernere Angriffe.

Der letztere Punkt sollte nach unserer Ansicht nicht Gegenstand der Unterhandlung sein. Der Regierung sei jeder Gedanke an Feindseligkeit fremd, die Forderung einer Erklärung darüber also unnöthig und sogar beleidigend. Was aber weitere Angriffe durch Freischaaren betreffe, so liege die sicherste Garantie dagegen eben in baldiger Freigebung der Gefangenen. Wir wünschten daher dringend, daß die finanzielle Forderung bestimmt und auf's Mäßigste festgestellt werde. Allein die luzernischen Abgeordneten schützten vor, noch selber die Größe des finanziellen Schadens nicht zu kennen, und Alles was wir herausbrachten war, daß Eutych Kopp bemerkte, derselbe übersteige jedenfalls eine Million Schweizerfranken, worauf Kost beifügte, sie hätten gedacht, daß Bern etwa 250,000 Franken bezahlen dürfte. Wir erklärten dieß sofort für unmöglich und nannten, da nun gleichfalls ein bestimmterer Antrag von uns verlangt wurde, die Summe von Fr. 50,000, selbst diese als unsicher bezeichnend. Die beiden Herren

schienen weniger überrascht, als ich erwartet hatte, und ergingen sich darauf in Lamentationen über die erlittene Unbill. Zwar wurde die Summe von Fr. 50,000 als ungenügend erklärt, jedoch in Worten und auf eine Weise, die wir nicht als unbedingte Ablehnung deuten zu sollen glaubten. Es frage sich, schien uns, ob die übrigen Stände im Verhältniß zur Zahl ihrer Gefangenen ebenso viel zahlen wollten.

Wir begehrten dann und erlangten den Zutritt zu den Gefangenen, sowohl, um aus eigener Wahrnehmung über ihre Lage Bericht erstatten, als um erfahren zu können, ob es ihr Wille sei, daß für sie unterhandelt werde.

Regierungsrath Kost begleitete uns.

Zuerst besuchten wir die Jesuitenkirche. Die Vorhalle war mit Soldaten angefüllt; wir drangen nicht ohne Mühe durch. Die Kirche selbst enthielt bei 700 bis 800 Gefangene, mehrstens wie Wilde aussehend, seit 14 Tagen weder rasirt noch gewaschen, und in den Kleidern, in denen sie eingebracht worden; einige in Decken oder wollene Tücher gehüllt, die einen liegend, die mehrsten sich hin und her bewegend. Die Mittagssuppe wurde eben in Bränten zugetragen und, in große Milchgepsen ausgegossen, an die verschiedenen Gruppen vertheilt. Ein dumpfes Gesumse erfüllte den ganzen Raum. Hin und wieder befanden sich in der Kirche selbst große Bütten zur Aufnahme der Excremente. Der Boden war von feuchtem Stroh bedeckt, die Luft, ungeachtet mehrere Fenster offen stunden, sehr verdorben und der Anblick des Ganzen ebenso abstoßend, als tief betrübend.

Sobald wir uns als bernische Abgeordnete zu erkennen gaben, drängten sich dichte Haufen um uns, gierig, den Zweck unserer Erscheinung zu erfahren. Ich fand mich

im Augenblick so eingeengt, daß ich keinen Schritt mehr zu thun vermochte. Wer nicht in die Nähe gelangen konnte, stieg auf die Kirchenstühle, Einer über den Andern, Kopf an Kopf. Ich traf einige Bekannte, unter ihnen Taglöhner aus meiner Vaterstadt, welche freundlich die Hand boten, und sogenannte Gebildete, die mehr zum Trotze als zur freundlichen Begegnung geneigt schienen, unter diesen einen Verwandten, dem ich bei der ersten Anwesenheit in Luzern wollene Kleider verschafft hatte. Er stund längere Zeit in meiner Nähe, aber würdigte mich nicht einmal des Grußes.

Die Stimmung war überhaupt eine sehr verschiedene. Einige erhoben bittere Klagen, und hie und da zeigte sich offene Abneigung gegen die beabsichtigte Unterhandlung. Auffallend vor Allem benahm sich Med.-Dr. Roth aus Wangen, ein junger Arzt von ausgezeichneten Kenntnissen und dem einnehmendsten Aeußern. Derselbe verlangte zu wissen, ob auch die luzernischen Gefangenen frei werden sollten, und da wir erklärten, daß dieß ungewiß sei, weil darüber nur die luzernische Behörde zu entscheiden hätte, so lehnte er nicht nur für sich, sondern, sich als Wortführer aufwerfend, im Namen Aller die Zustimmung zu Unterhandlungen ab, unter bitterer Klage, daß man sie stecken lasse, und unverholen die Hoffnung äußernd, „auf ehrenhaftere Weise als mit Geld" befreit zu werden. Allein die Mehrzahl, meist den untern Ständen angehörig, war weit entfernt, diese Ansichten zu theilen. Ihnen war die Hauptsache, so bald wie möglich heimkehren zu können. Einige dankten, daß man sich dafür verwende, Andere fluchten über die Verführer, welche sie in's Unglück gestürzt. Hie und da fielen sogar Drohungen. Die Behandlung erkannten sie — die ersten Tage abgerechnet — als leid-

lich an; doch gab es selbst unter den Individuen aus der niedrigsten Volksklasse auch solche, die klagten, und einer schrie trotzig, man behandle sie nicht wie Menschen, sondern wie Hunde oder Verbrecher. Dieß provozirte eine heftige Entgegnung von Regierungsrath Kost. Er bemerkte zornig: Sie würden behandelt, wie sie es verdienten, überdieß habe man sie nicht geholt, sie seien selber gekommen. Dr. Roth beschwerte sich über den Mangel ärztlicher Besorgung: die feuchte Luft und schlechte Nahrung hätten häufige Brustbeschwerden erzeugt, und erst kürzlich sei es vorgekommen, daß ein ganzer Tag verstrichen, bevor ein Kranker ärztliche Hülfe empfangen. Ich erinnerte, wie mancher brave Hausvater im Kanton Bern Tage lang auf den Arzt warten müsse, und empfahl Allen, nicht zu vergessen, was sie in diese Lage gebracht. Einige Angehörige anderer Kantone schimpften, daß nicht auch für sie gesorgt werde. Wir kündigten ihnen an, daß gleichfalls Unterhandlungen zu erwarten seien. Die Berner trugen Kaputröcke aus dem Zeughause und waren deßhalb leicht zu erkennen.

In der Franziskanerkirche fanden wir es ähnlich, nur daß die Atmosphäre weniger verdorben schien. Besser sah es in den eigentlichen Gefangenschaften aus. Hier waren meist nur 10 bis 20 Individuen beisammen, mit besserem Lager. In einem der Gefängnisse trafen wir Dr. Herzog. Er dankte für die empfangenen Kleidungsstücke und äußerte auf die Frage, wie es ihm gehe: „Oh, nicht so übel, zweimal war die Suppe nicht genießbar, sonst ist sie recht ordentlich.“ Er war in schlimmer Gesellschaft und sprach sich entschieden für Loskaufsunterhandlungen aus, selbst Befreiung hoffend.

Am günstigsten war die Lage der Gefangenen im

Zuchthause. Hier fanden wir Herrn Fried. Seiler, dessen Anblick dem Gerüchte, daß ihm der „Schnauz" ausgerauft worden, widersprach, den Exfranziskaner Knobel aus Nidau, Amtsschreiber Indermühle aus Interlaken und Andere.

Dießmal erlangte ich auch den Zutritt zu Oberst Rothpletz. Er war noch immer in einem Thurme einsam verwahrt; seine Behandlung war aber wesentlich besser. Er hatte nun ein Bett und beschwerte sich einzig über die Dunkelheit des Lokals. Wirklich sah er nicht genug, um lesen zu können. Ich bedurfte, als ich in das Gefängniß trat, einiger Zeit, ehe ich den Mann deutlich erkannte. Er schien sehr dankbar für die Verwendung, die ihm zu Theil geworden, war über sein Schicksal ruhig und lehnte es ab, seine Frau oder Schwester zu sehen, da in solcher Lage Besuche von Weibern für beide Theile peinlich seien. Regierungsrath Kost ließ mir volle Freiheit mit Rothpletz zu reden, meist befand er sich, mit Hrn. Aubry die gepflogene Unterhandlung besprechend, vor der Gefängnißthüre — und ich benutzte sie zur Frage, ob er in Aarau Papiere habe, deren Wegschaffung wünschenswerth? Er verneinte es. Dann empfahl ich ihm, im Auftrag der Seinen, nicht hinter dem Berge zu halten über die Veranlassung seiner Betheiligung am Freischaarenzuge. Er versicherte, den Sachverhalt vollständig und getreu angegeben zu haben.

Am . . . .*) Nachts verließen wir Luzern wieder, um der Regierung Bericht zu erstatten über die bisherigen Verhandlungen. Von Sumiswald fuhr ich am . . . .*) früh Morgens nach Burgdorf, Hr. Aubry nach Bern,

---

*) Ich bin leider außer Stande, diese Lücken im Manuskript richtig auszufüllen. D. H.

wohin ich am . . . .*) folgte. — Um 9 Uhr versammelte sich der Regierungsrath. Ich wohnte der Sitzung bei. Nach dem, was man früher über die Ansprüche Luzerns verbreitet hatte, waren die meisten Mitglieder auf hohe Forderungen gefaßt. Die Behörde war sichtbar überrascht, als wir eröffneten, daß es sich für Bern höchstens um Fr. 100,000 handeln werde. Einigen war dieß unerwünscht; denn sie verloren damit den plausibelsten Grund, einem Loskaufe entgegen zu treten. Der Widerwille war sichtbar und wurde nicht verhehlt. Sämmtliche radikale Mitglieder erhoben Einsprache, die Ehre des Kantons vorschützend. Allein auch dieser Vorwand wurde genommen durch die Bemerkung, daß nicht Namens des Staats, sondern im Namen der Betheiligten unterhandelt werden solle, und daß die Regierung sich darauf zu beschränken habe, die Loskaufssumme vorzuschießen. Dr. Schneider bemerkte, er könne nicht bergen, daß diese Form ihm sehr glücklich gewählt scheine, er wolle daher nicht in den Weg treten, doch erkläre er wiederholt, daß er dieser Angelegenheit wegen keinen Heller werde auf die Staatskasse fallen lassen. Eben dieß bemerkten, unwillig auf Opposition verzichtend, Reg.-Rath Schneider älter und Jaggi jünger. Ich beschränkte mich darauf, die Dringlichkeit baldiger Befreiung der Gefangenen hervorzuheben, wenn nicht Bürgerkrieg entstehen solle. Aubry trat entschiedener auf und äußerte unter Anderm, auf die vorgeschützten Ehrenbedenken erwiedernd, man würde wohl gethan haben, die Ehre des Kantons am 1. April besser zu wahren. Schmählich in seinen Augen sei der Zug, der die Gefangennehmung von 200 Mitbürgern herbeigeführt, nicht aber das Bestreben, ihre Befreiung zu bewirken. Am Ende wurden wir beinahe einstimmig autorisirt, auf der bezeichneten Grundlage einen

Loskaufsvertrag abzuschließen; doch sollte derselbe nur insofern auf die bernischen Gefangenen beschränkt werden, als kein gemeinschaftlicher erreichbar wäre. Um Mittag bestiegen wir wieder die Post.

Mittlerweile waren auf die Einladung Näffs Abgeordnete der übrigen betheiltgten Stände eingetroffen: Von Aargau Oberrichter Hürner und Landammann Jäger aus Brugg; von Solothurn Präsident Reinert; von Baselland Landrath Dr. Gutzwyler, und Karl Brodbeck, letztere Zwei bloß im Auftrage einer Privatgesellschaft.

Herr Näff war auf Schwierigkeiten gegen die Zulassung seiner Einmischung in die Verhandlung gestoßen. In einer mehrstündigen Besprechung hatte man sich am Ende verständiget, daß er lediglich als Vermittler auftreten, und daß diese Thätigkeit nicht als eidgenössische Intervention angesehen werden solle. — Dann folgte eine Konferenz sämmtlicher Abgeordneter mit den Regierungsräthen Kost und Peyer aus Luzern auf dem Regierungsgebäude, bei welcher Näff den Vorsitz, der ihm als eidgenössischem Repräsentanten beigeordnete Sekretär, Otto Schultheß aus Zürich, die Feder führte.

Herr Näff begann die Verhandlung mit der Eröffnung, daß er bloß als Vermittler in der Sache auftrete, ohne speziellen Auftrag der Bundesbehörde, wegen der nahen Beziehung zu seiner allgemeinen Mission, der Aufrechthaltung des Landesfriedens und der Pacifikation der Schweiz. Die Aufgabe sei eine doppelte: einerseits Ermittlung einer billigen Entschädigung für Luzern, anderseits Amnestie.

Darauf ergriff Regierungsrath Kost das Wort. Er begann mit einem freundeidgenössischen Gruße, dann verwies er auf das jüngste Gesetz des Großen Rathes, als

Mandat der luzernischen Abgeordneten und bindende Schranke, und erklärte vor Allem jede Ausdehnung der Amnestie auf luzernische Staatsbürger — gleichviel, ob sie gefangen oder flüchtig — als unstatthaft; ein Beharren darauf würde als Eingriff in die Souveränetät des Kantons das Ganze scheitern machen. Sonst sei der Kostenpunkt die Hauptsache. Luzern habe ungeheure Kosten gehabt, und die Schuldigen seien von Rechtens wegen zum Ersatze verpflichtet. Die heutige Zusammenkunft habe nicht zum Zwecke, auf das Vergangene zurückzukommen, man möge im Gegentheil allseitig die Zukunft im Auge halten. Er wünsche möglichst schnelle Erledigung der Sache und sähe am liebsten gemeinschaftliche Behandlung der Frage und Ausmittlung einer Gesammtentschädigssumme.

Regierungsrath Peyer beschränkte sich auf die Erklärung, was am schnellsten zum Ziele führe, müsse das Angenehmste sein.

Dann bat Landammann Näff, indem er den Willen, gemeinschaftlich zu unterhandeln, verkündete, um Bestimmung der Geldforderung.

Regierungsrath Kost erwiederte, die Kosten seien noch unausgemittelt; sie betrügen muthmaßlich seit 8. Dezember 1844 für die eigenen Truppen 500,000 Fr., nämlich:

Für Verpflegung 2c.	37,000	Fr.
„ Pferdeschatzungen . . .	6,500	„
„ Gesundheitsdienst . . .	6,000	„
„ Außerordentliche Verpflegung .	40,000	„
„ „ Polizei . .	24,000	„
„ „ Standeskommission	7,000	„
„ Kleidungsabgang . . .	50,000	„
Uebertrag	170,500	Fr.

	Uebertrag	170,500 Fr.
Für Abgang der Waffen . . .		20,000 „
„ Sold aller Waffen . . .		309,602 „
		500,102 Fr.
wozu für die Zuzüge aus andern Kantonen welche der Eidgenossenschaft aufzubürden sein dürften		120,000 „
	Zusammen	620,102 Fr.

Oberrichter Hürner drückte hierauf den Wunsch aus, daß Luzern seine Ersatzforderung genau bestimme, erinnernd, wie wichtig es sei, dieselbe auf ein annehmbares Maß reduzirt zu sehen. Dann bemerkte er, die aargauischen Abgeordneten träten Namens der Gefangenen auf und fügte bei, ob diese Summe von 620,102 Fr. den Unterhalt der Gefangenen in sich begreife? (was verneint wurde.) Ebenso frage es sich, ob die Kosten der Zuzüge der Tagsatzung zu überlassen oder in die Unterhandlung hineinzuziehen seien? Herr Hürner bemerkte weiter, mit der Entschädigungsfrage müsse die Amnestiefrage zusammengefaßt werden, ohne dieß fiele der Hauptgrund zur Uebernahme einer Entschädigung dahin; wenigstens das Inaussichtsetzen einer umfassenden Amnestie sei unerläßlich.

Ebenso drang Regierungsrath Aubry darauf, vor Allem aus das Minimum der Forderung Luzerns zu kennen. Das Interesse der betheiligten Stände, wie dasjenige der Schweiz überhaupt, erheische schnelle Befreiung aller Gefangenen. Dabei ward bemerkt, die Rechnung gehe bis zum 8. Dezember 1844 zurück; man möge nicht übersehen, daß Bern bei den damaligen Ereignissen unbetheiligt sei. Ueberhaupt müsse bedacht werden, daß die Stände als solche keine Schuld anerkennen, die Herbeischaffung der

Mittel also sehr schwierig sei; die Abgeordneten von Bern könnten nur im Namen der Gefangenen unterhandeln. Dieß bestätigte ich ausdrücklich. Dann eröffnete Präsident Reinert, Solothurn gestehe Luzern Ansprüche auf Entschädigung zu, doch setze er voraus, daß auch die luzernischen Angehörigen zu den 500,000 Fr. beitragen würden. Hinsichtlich der 120,00 Fr. sei eine bestimmte Zusicherung nicht möglich, eventuell werde eine erweiterte Forderung gestellt werden müssen.

Kost erwiederte, Letzteres möge geschehen; dagegen sei die Berechnung der Kosten auf 500,000 Fr. so niedrig, daß davon nichts auf die Luzerner fallen dürfe. Gar vieles sei nicht in Anschlag gebracht, was bereits verausgabt worden, und bedeutende Kosten stehen noch bevor; denn unmöglich könnten die Truppen schon entlassen werden, und alles Weitere falle Luzern auf.

Auch Regierungsrath Peyer wollte die Fr. 500,000 als Minimum betrachtet wissen. Das Dekret des Großen Rathes verlange „vollständige Entschädigung" und diese gewährten Fr. 500,000 nicht einmal für das Vergangene. Selbst wirklich in Anschlag Gebrachtes sei zu niedrig berechnet; so seien die Quartiervergütungen auf dem Kantonalfuß zu 4 Bz. bezahlt und statt dessen bloß auf eidgenössischem Fuße zu 3 Bz. angeschlagen worden, was einen Unterschied von 31,000 Fr. auswerfe. Er ging dann in Betrachtungen über die Ereignisse selber über und bemerkte unter Anderem, ohne die Hülfe aus andern Kantonen hätten die Luzerner nichts unternommen; er persönlich sei sehr für allgemeine Amnestie; allein in dieser Hinsicht hätten sie gebundene Hände; die wirksamste Empfehlung für Amnestie sei Tilgung der Kosten, die Freischaaren fürchte Luzern nicht mehr.

Landammann Näff berichtigte, das Großraths-Dekret befehle nur auf vollständige Entschädigung „hinzuwirken", und fügte bei, die Kosten des letzten Bundeszuzuges werde die Eidgenossenschaft wohl übernehmen.

Darauf bat Regierungsrath Kost wiederholt, man möge nicht zu sehr in Einzelheiten eingehen und die Luzerner außer Frage lassen. Die gestellte Forderung sei mäßig, bei genauer Rechnung würde sie weit höher zu stehen kommen, und Erweiterung der Amnestie erfordere Convocation des Großen Rathes.

Ein Mitglied hatte gefragt, wie es sich mit der Kriegsbeute verhalte, die von bedeutendem Werth sein müsse? Dem entgegnete Peyer, die Beute sei lächerlich überschätzt worden, das baare Geld betrage kaum 2000 Franken, und die Waffen mit Ausnahme der Artillerie, seien entweder verloren oder werthlos, er schätze das Ganze nicht über 15,000 Franken.

Landrath Gutzwyler erhob dann noch den Einwand, der 8. Dezember gehe die jetzigen Gefangenen nichts an; die meisten derselben seien bei jenem Vorfall unbetheiligt. Allein auch dieß ließ man nicht gelten. Regierungsrath Kost erwiederte: In Abrechnung der Kosten des 8. Dez. könne nicht eingetreten werden; ohne den ersten Aufruhr wäre der zweite unterblieben, und die Häupter seien beide Mal dieselben gewesen.

Darauf sprach Aubry den Wunsch aus, es möchte die Loskaufssumme per Kopf berechnet werden, damit sich herausstelle, wie viel es den eigenen Angehörigen Luzerns beziehe. Dieß veranlaßte neue Einsprache. Kost verwahrte sich förmlich gegen das Hereinziehen der Luzerner Frage. Diese sei ausschließlich Sache des Kantons, der, in seiner Souveränetät angetastet, jede Amnestie versagen werde,

und Peyer erklärte einfach: Luzern werde weder die Beute in Abzug bringen, noch seine Rechnung kritisiren lassen. Luzern fordere, die übrigen Stände möchten die Forderung annehmen oder verwerfen.

Die Konferenz dauerte bei 5 Stunden und blieb ohne bestimmtes Resultat.

Es folgte dann gleichen Tags eine zweite Besprechung unter den Abgeordneten Bern's, Solothurn's, Aargau's und Baselland's, wieder unter Vorsitz des eidgenössischen Repräsentanten, aber in Abwesenheit der luzernischen Mandatare, um einerseits die Luzern anzubietende Summe, anderseits das Beitragsverhältniß der Kantone unter sich zu bestimmen. Ueber den ersten Punkt vereinigte man sich leicht. Allseitig wurde die Forderung Luzerns als mäßig erkannt, und nach kurzer Besprechung, bei welcher Oberrichter Hürner und Landammann Näff Geneigtheit zeigten, noch höher zu gehen, ward beschlossen, Luzerns Gesammtforderung von Fr. 500,000 unangefochten zu lassen und davon Fr. 350,000 auf Rechnung der betheiligten Stände zu übernehmen, von der Ansicht ausgehend, daß die übrigen Fr. 150,000 als Betreffniß der eigenen Angehörigen Luzerns zu betrachten seien.

Schwieriger war der zweite Punkt. Es kam darüber sogar zu einigen unfreundlichen Worten. Die Abgeordneten der übrigen Kantone, vorab Aargau's, hatten, wie es schien, gehofft, daß Bern einen einigermaßen seiner Größe und seinem Reichthum entsprechenden Theil der Loskaufssumme übernehmen werde. Allein wir traten dem entschieden entgegen, die geringere Schuld Berns, das nur durch Unterlassung gesündigt, hauptsächlich aber die allseitig gebilligte Grundlage der Unterhandlung geltend machend, wonach nicht die Kantone, sondern die Gefan-

genen kontrahirten, also lediglich die Zahl dieser letztern als Maßstab zu dienen habe. Die Disculpation Berns provozirte einige bittere Entgegnungen seitens der aargauischen Gesandten, die nicht zwar die offene Betheiligung ihrer Bevölkerung und Behörden an beiden Zügen vom 8. Dezember und 1. April bestritten, aber bestimmt und fest behaupteten, daß ohne Berns aufmunterndes Schweigen nichts geschehen wäre.

Allein das zweite Fundament unserer Weigerung konnten sie nicht anfechten. Man hatte sich wirklich verständigt, Namens der Gefangenen zu unterhandeln; wir hatten das Zugeständniß dieser Grundlage sogar als conditio sine qua non unserer Theilnahme bezeichnet; mit welchem Rechte sollte nun das Lösegeld eines Berners höher gestellt werden, als dasjenige eines Aargauers? Solothurn hatte dabei kein Interesse, sein Betreffniß blieb ungefähr gleich; wohl aber Baselland, das im Verhältniß weit mehr Gefangene zählte als Bern. Am Ende willigten wir, mehr mit Rücksicht auf Baselland, das in einer Privatbesprechung dringend darum gebeten und die absolute Unmöglichkeit großer Opfer dargestellt hatte, ein, statt Fr. 50,000, die Bern von Rechtens wegen zufielen, Fr. 70,000 zu übernehmen. Ebenso erbot sich Solothurn zu einer Erhöhung seines Antheils von 17,000 auf 20,000 Fr. und da zum voraus beschlossen worden war, Fr. 25,000 für die Gefangenen nicht repräsentirter Kantone bei Seite zu lassen, so fielen:

auf	Bern . . .	Fr. 70,000.
„	Solothurn . .	„ 20,000.
„	Baselland . . .	„ 35,000.
„	Aargau . . .	„ 200,000.
		Fr. 325,000.

Es folgte dann am 23. Morgens eine zweite Konferenz mit den luzernischen Abgeordneten. Landammann Näff eröffnete denselben das obige Ergebniß. Sie erklärten sich mit dem Anerbieten von $^7/_{10}$ der berechneten Kosten persönlich befriedigt und bereit, den Vertrag auf diesem Fuße den Kantonsbehörden empfehlend vorzulegen; doch unter der Bedingung, welche angenommen wurde, daß, falls die Eidgenossenschaft die Deckung der auf ein Maximum von Fr. 150,000 berechneten Kosten des Zuzugs, oder die betreffenden Kantone diejenige der unrepartirt gebliebenen Fr. 25,000 verweigern würden, auch diese Beträge nach gleichem Maßstabe von den Kontrahenten übernommen werden sollten. Man schritt dann sofort zur nähern Festsetzung der einzelnen Vertragsartikel. Darüber war die Verständigung unschwer. Nur zwei Punkte veranlaßten einige Erörterung. Zuerst stellte Luzern nochmals das Begehren einer Garantie gegen fernere Angriffe. Wir bestritten seine Rechtmäßigkeit nicht. Aber gerade weil es vollkommen gegründet war, schien ein feierliches Versprechen Seitens der übrigen Stände unehrenhaft. Uebrigens wurde Namens der Gefangenen verhandelt; wir lehnten daher die Zumuthung ab, und Luzern gab sich mit der Zusicherung zufrieden, daß die Anzeige der Ratifikation des Vertrags Anlaß zum Austausch beruhigender Erklärungen bieten werde.

Dann forderten Solothurn und Baselland, daß außer den eigenen Kantonsangehörigen auch einige Ausländer freigegeben werden sollten, welche mit denselben den Zug vom 1. April gemacht; was die luzernischen Abgeordneten beharrlich ausschlugen. Die Abgeordneten von Solothurn und Baselland betrachteten es als eine Ehrensache, diese Leute — Dr. Fein, einen Lehrer Daffner aus Bayern

und einen gewissen Paganini — nicht stecken zu lassen, weil sie den Freischaarenzug nicht als Fremde, sondern als Kantonsbewohner mitgemacht hätten. Besonders verfocht Reinert die Forderung mit Wärme, so daß er vom ganzen Vertrag abzustehen drohte. Allein die luzernischen Abgeordneten glaubten umgekehrt, die Ehre des Kantons und der Schweiz überhaupt gestatte nicht, daß Ausländer, welche sich, wie die Betreffenden, in unsere Händel gemischt, amnestirt würden; es handle sich dabei nicht um die Individuen, sondern um ein Prinzip, dessen strenge Beachtung selbst die Klugheit gebiete, und dieser Ansicht traten auch die Abgeordneten von Bern und Aargau bei, durch die einstimmige Erklärung, daß sie zwar nichts dagegen hätten, wenn man die Betreffenden, ihre Eigenschaft als Ausländer übersehend, mitlaufen lasse, aber nicht zugeben würden, daß sie als Ausländer namentlich in die Amnestie eingeschlossen würden.

Die Forderung ward hierauf aufgegeben, und Landammann Näff übernahm die Redaktion des Vertrags. Sie wurde in einer letzten Konferenz im Laufe des Nachmittags vorgelegt und von beiden Seiten unter Ratifikationsvorbehalt genehmigt. — Hiebei kam die Stellung der Abgeordneten noch einmal zur Erörterung. Landammann Näff legte den Regierungsräthen Kost und Peyer die Qualifikation von Bevollmächtigten der Regierung von Luzern, und so uns von Vertretern der Regierung von Bern bei, wogegen wir abermals reklamirten. Herr Näff nahm zuerst Anstand, die verlangte Aenderung eintreten zu lassen, und wollte es sogar lächerlich finden, da wir von der Regierung abgeordnet worden, dieß in der Urkunde nicht auszudrücken. Allein wir erwiederten, unsere Abordnung sei eben erfolgt, um Namens der Gefan-

genen zu unterhandeln und wir würden den Vertrag auch nur im Namen derselben unterzeichnen. In der That hatten wir, um diesen Standpunkt consequent durchzuführen, eine Verpflichtung und Vollmacht verfaßt, die von allen bernischen Gefangenen unterzeichnet werden sollte.

Herr Regierungsrath Aubry reiste noch am 23. Nachts mit einer Ausfertigung des Vertrags nach Bern, während ich diese Unterzeichnung zu besorgen übernahm. Der Akt lautete wörtlich:

„Die unterzeichneten Bürger des Kantons Bern, welche infolge der Ereignisse vom 31. März und 1. und 2. April 1845 in Luzern gefangen sind, drücken hiermit den Wunsch aus, daß die Herren Regierungsrath Aubry und alt-Landammann Blösch, welche von dem Regierungsrathe von Bern autorisirt wurden, ihnen zur Unterhandlung mit dem Stande Luzern behufs ihrer Freilassung als Organe zu dienen, solche Unterhandlung in ihrem, der Unterzeichneten, Namen, wirklich einleiten und nach Kräften dahin wirken möchten, ihre Befreiung zu möglich günstigen Gedingen zu erwirken.

Sie ertheilen zu dem Ende denselben feierliche Vollmacht, sich in ihrem Namen gegen den Stand Luzern für ein Lösegeld, das im Ganzen auf 70,000 Fr., jedoch nicht höher, ersteigen mag, zu verpflichten, bitten dringend, daß zu baldiger Erlangung der Freiheit ihre heimathliche Regierung für vorläufige Zahlung oder Sicherstellung der festgesetzten Loskaufssumme besorgt sein möchte, und verpflichten sich, jeder für seine Person, das Beziehende davon seiner Zeit zurück zu vergüten, nach einer mit möglichster Berücksichtigung der

Zahlungsfähigkeit der Einzelnen von dem Regierungsrathe von Bern zu machenden Vertheilung."

Es befand sich unter den Gefangenen ein Notar (Roth aus Wangen, Bruder des Arztes). Dieser übernahm die Beibringung der Unterschriften. Er wurde zu dem Ende am 24. April freigelassen, begab sich, vom früher erwähnten Instruktions-Unteroffizier begleitet, von einem Gefangenschaftslokal in das andere, versammelte die Berner, ließ dieselben unterzeichnen und setzte nebst der eigenen Unterschrift die Beglaubigung aller übrigen bei. Der Akt war auf luzernischem Stempelpapier geschrieben. Abends um 8 Uhr überbrachte mir Roth die Urkunde. Er äußerte Freude über die genossene Freiheit, aber klagte über entsetzliche Müdigkeit. Noch fehlten die Unterschriften einiger außerhalb Luzern verwahrten Berner. Fünf der in Luzern anwesenden hatten die Unterzeichnung verweigert, unter ihnen Dr. Roth und Weingart. Die Unterschriften der in Willisau, Sursee ꝛc. enthaltenen wurden am folgenden Tage beigebracht.

Am 25. Morgens 4 Uhr war mein College wieder in Luzern. Der Regierungsrath hatte den Vertrag gutgeheißen, jedoch beschlossen, ihn zur endlichen Genehmigung dem Großen Rathe zu unterbreiten, welcher auf den 28. April einberufen war. Im Uebrigen brachte Herr Aubry betrübende Nachrichten. Nach unsern frühern Besprechungen über die Lage des Kantons hatten seit dem Einstellungsbeschlusse vom 14. die Gerüchte von Putschversuchen stets mehr Consistenz erhalten, so daß die Regierung ernstlich an die Möglichkeit ähnlicher Auftritte dachte, wie diejenigen, welche im Februar die Revolutionirung der Waadt zur Folge gehabt hatten. Nach Aubry's Aeußerungen war sie aber auch entschlossen, wenn es sein

müßte, ihr Ansehen mit der Gewalt der Waffen zu behaupten. Ich hatte nachdrücklich zu kräftigem Handeln gerathen und mich sogar anheischig gemacht, falls es nöthig schiene, für eine Anzahl Freiwilliger zu sorgen. Allein Aubry hatte noch in den letzten Tagen die vollste Beruhigung ausgesprochen, sich namentlich auf von Tavel berufend, nach dessen Aeußerungen Alles in Bereitschaft sei, einem Putschversuch energisch zu begegnen, und erst am 24. noch war mir von Herrn Knechtenhofer der Bericht zugekommen: einem Ansprung à la Montbenon und Druey zu begegnen, sei hinlänglich gesorgt. Dieß Alles hatte sich nun gewendet. Aubry trat um 4 Uhr Morgens in mein Zimmer. Er war sichtbar bewegt. Ich frug hastig, wie es gegangen? „L'acte est ratifié“ — erwiederte er — „mais nos propres affaires vont mal.“ Ich erfuhr dann, daß Tavel und mit ihm die Mehrheit des Rathes den Muth verloren, daß an Widerstand im Falle eines Volksauflaufs nicht zu denken sei, ja daß sogar Amnestirung sämmtlicher Theilnehmer am Freischaarenzuge in Aussicht stehe!!

Wir jammerten lange und bitter über unser Vaterland, uns die bangsten Ahnungen mittheilend. „Ah notre canton, notre canton!“ rief Aubry einmal ums andere aus. „Quand je pense à ce beau pays, à ses élémens de bonheur et à ses immenses ressources, et que je vois comme les affaires marchent! Dieu, où allons-nous!?“ Ich konnte mich nicht fassen; das Benehmen von Tavels besonders war mir unerklärlich. War es bloße Schwäche, war es Feigheit? Darüber hätte ich Aufschluß haben mögen. Aubry bemerkte, er habe bei Tavel niemals Muth gefunden, es fehle ihm an sittlichem Ernst, an fester Ueberzeugung. Immer nach

Popularität haschend, folge er dem Impulse des Augenblicks, bereit, den Augenblick hernach einem andern zu folgen.

Alle diese Eröffnungen machten eines besondern Umstandes wegen doppelt bemühenden Eindruck auf mich. Ich hatte Aubrys Abwesenheit benutzt, mit den Abgeordneten Aargaus einen Ausflug nach Stanz zu machen, und daselbst eine so herzliche Aufnahme gefunden, daß ich hätte weinen mögen beim Gedanken über die Verkehrtheit unserer Politik, namentlich gegen die Urschweiz.

Ich war neun Jahre früher unter Oberst Zelger in einem eidgenössischen Lager gewesen, und erkundigte mich nun, im Gasthof angekommen, nach demselben. Er war eben im obern Stocke, die Magistrate Nidwaldens hatten ein Festessen, welchem er beiwohnte. Die Wirthin kündigte uns an, und Zelger stürzte buchstäblich die Treppe hinunter, uns zu grüßen. Er erkannte mich sogleich und zerküßte mich, wie ein Vater seinen Sohn. Dann folgte die Nöthigung, beim Festmahl zu erscheinen; die „Vorgesetzten" — das alte und das neue Gericht — wollten es haben. Die Mehrzahl waren alte Männer, keiner, der mich nicht an Jahren übertraf. Alle grüßten freundlich, Einige herzlich, unter ihnen vorzüglich Ackermann. Sie frugen begierig, wie es in Luzern, wie es in den eigenen Kantonen gehe. Wir gaben ihnen die erste Nachricht vom geschlossenen Vertrag, worauf die Hände noch einmal gedrückt wurden. Auch die Aargauer trafen nur freundliche Gesichter, kein bitteres Wort. Während sie sich zu Tische setzten, nahm Ackermann mich bei Seite und sagte, mir gerührt die Hände fassend: „Warum habt Ihr immer Streit mit uns, ehemals war Bern unser Patron, und wir wollten so gerne, Ihr wäret

es noch." Ich konnte kaum die Thränen halten und suchte ihn zu beruhigen: Es sei nicht so böse gemeint, nur Mißverständnisse, nicht eigentliche Feindschaft trenne uns; doch meinem Trost selber nur halb vertrauend. Nie war mir die Verkehrtheit unserer Politik gegen die Urkantone so schwer auf das Herz gefallen.

Aber man erkundigte sich dann über manches Einzelne und über diese und jene Persönlichkeit; namentlich wünschte er mein Urtheil über Neuhaus zu erfahren, und abermals fand ich mich gerührt, als er auf die Versicherung, Neuhaus sei ein Ehrenmann, hastig erwiederte: „Nicht wahr, ja! so kam er mir immer vor; aber er hat uns viel Böses bereitet."

Wir konnten nicht lange in Stanz verweilen. Oberst Zelger geleitete uns zurück bis nach Stanzstaad. Auf dem Wege dahin kam das Gespräch auf die jüngsten Ereignisse. Zelger war während des Angriffs als Mitglied des Kriegsraths in Luzern gewesen und gab uns mancherlei Aufschlüsse. Den Kampf selbst hieß er „eine wahre Hasenjagd", aber er leugnete nicht, daß der Erfolg leicht hätte ein verschiedener sein können.

Die Regierung von Luzern sei muth- und rathlos gewesen, und nur die übrigen Stände, vorzüglich Uri, hätten verhindert, daß sie die Stadt nicht aufgegeben, ehe es zum Angriff gekommen; die Sachen hätten so zweifelhaft gestanden, daß die Abgeordneten von Schwyz, Uri und Unterwalden die Stadt zu verlassen gedroht; ja, einige hätten sich schon entfernt gehabt; weßhalb die Ankunft der Zuzüge so spät erfolgt. Am entschlossensten habe sich Landammann Schmid von Uri benommen, dessen Energie es vorzüglich zuzuschreiben sei, daß man die Stadt behauptet. Doch würde sie beim ersten Kanonenschusse

verlassen und in diesem Falle die Höhe bei Küßnacht bezogen worden sein, wo der Zuzug von Schwyz erwartet und dann die weitere Vertheidigung angeordnet worden wäre. Ueberhaupt anerkannte Zelger, daß sie überrascht worden uud daß namentlich General von Sonnenberg aller sichern Berichte über die Freischaaren entbehrte. Diese Bemerkung veranlaßte die Frage, ob irgend Grund obwalte, dem einen oder andern Führer der Freischaaren, namentlich Ochsenbein, Verrath vorzuhalten. Zelger verneinte es entschieden, in diesem Falle wären sie besser unterrichtet gewesen. Nicht nur widersprach er allen derartigen Gerüchten, er äußerte sogar, daß eher auf ihrer Seite über Verrath geklagt werden dürfte, denn der erste, schon am 4. April erschienene Bericht Ochsenbeins enthalte Angaben über Verhandlungen des Kriegsraths, die erst am 1. April Vormittag stattgefunden. Im nämlichen Berichte, bemerkte Zelger, sei die plötzliche Flucht der bis zur Stadt vorgedrungenen Freischaaren einem Schusse zugeschrieben, mit der Andeutung, Niemand wisse, woher derselbe gefallen. Darüber könne er Aufschluß geben: Eine Compagnie Unterwaldner Scharfschützen habe sich unordentlich von der Emmenbrücke nach der Stadt zurückgezogen, nicht ahnend, daß die Freischaaren schon im Rücken ständen. Beim „Lädeli" seien dann beide Corps auf einander gestoßen; daraus sei Verwirrung entstanden, in welcher ein Unterwaldner seinen Stutzer losgedrückt. Dieß, die Ueberraschung und die Finsterniß, haben panischen Schrecken erzeugt, und ehe man sich erkannt, seien die Einen gegen Littau, die Andern wieder der Emmenbrücke zu geflohen. Die Unterwaldner hätten dann weiter unten die Reuß passirt und auf diesem Wege die Stadt erreicht.

Die Compagnie habe unter Einem seines Geschlechts, Maler Zelger, gestanden.

Der eigene Sohn Oberst Zelgers wohnte dem Gefechte auf dem Gütsch bei und war seither, erzählte der Vater, verdüstert. Derselbe habe dort neben Dr. Herzog einen blutjungen Studirenden fallen sehen, der am Boden sich windend, in herzzerreißendem Tone gerufen: „Herr Jesus, was wird mein Vater sagen?" Zelger bemerkte, diesem Vorfall vorzüglich sei der Haß gegen Herzog zuzuschreiben, von dem es notorisch, daß er schon am 8. Dezember Studenten zur Theilnahme verleitet.

In Luzern blieben uns am 25. nur noch zwei Geschäfte: die Unterzeichnung des Vertrags, und damit diese sicher erfolgen könne, die Beibringung der verweigerten Unterschriften. Das Letztere gelang nur mit Mühe. Wir begaben uns noch einmal persönlich in die Jesuitenkirche, in welcher einzig Weigerungen erfolgt waren. Die Betreffenden wurden über die Gründe ihrer Renitenz zur Rede gestellt. Sie antworteten zurückhaltend; Einige schützten das geforderte Geldopfer vor. Diese Erklärung mußte auffallen; denn die Mehrsten waren begütert, Alle sogenannte Gebildete, und die Mittellosen und Ungebildeten hatten sämmtlich unterzeichnet. Auch hier benahm sich Dr. Roth am trotzigsten. Sichtbar war ihm die ganze Loskaufsverhandlung zuwider. Er klagte neuerdings über die Regierung, die sie stecken gelassen, und welcher nun die Vertheilung der Loskaufssumme vertraut werden solle! u. s. w. Am Ende ergaben sie sich indeß Alle bis an Weingart. Dieser erklärte, er habe nie eine Schuld kontrahirt, von der er ungewiß gewesen, ob er sie zahlen könne, und so dürfe er als Ehrenmann auch jetzt nicht unterzeichnen, wegen der Möglichkeit, daß sein Betreffniß

die Mittel übersteigen möchte. Anfangs hatte Aubry einzig mit ihm gesprochen, weil wir voraussetzten, daß meine Persönlichkeit ihn noch schwieriger machen könnte. Dann ward auch ich zu Hülfe gerufen. Allein vergeblich! Am Ende frug Aubry, wie viel er denn beitragen könnte, worauf Weingart erwiederte, 350 Franken. Dieß ward benutzt. Wir verpflichteten uns vor allen Anwesenden, falls seine Quote auf mehr als Fr. 350 bestimmt würde, das Mehrere für ihn beizutragen, und erhielten um diesen Preis endlich auch die letzte Unterschrift.

Samstag Nachts (26. April) verließen wir Luzern. Aubry kehrte direkt nach Bern zurück, ich nach Burgdorf. Montags um 10 Uhr (28. April) wohnten wir beide der außerordentlichen Sitzung des Großen Rathes bei.

Mittlerweile hatten sich auch in Luzern die Gerüchte über einen beabsichtigten Umsturz der Regierung von Bern vermehrt, so daß deßhalb Anfragen an uns ergangen waren. Wahrscheinlich lag darin der Grund, daß die Schwyzertruppen, welche am Montag hätten entlassen werden sollen, zurückgehalten wurden. Der Befehl zum Abmarsch war schon ertheilt gewesen, ward aber zurückgenommen, auf persönliches Verlangen Leu's. Oberrichter Hürner wohnte der Verhandlung bei und erzählte hernach, nun wisse er, wer in Luzern Meister sei! — Er sei, sagte er, kurze Zeit nachdem die Entlassung beschlossen worden, mit einigen Regierungsgliedern auf dem Rathhause gewesen, im Gespräche begriffen. Da sei Leu eingetreten und habe gefragt, ob es wahr, daß die Schwyzer Befehl zum Heimmarsch erhalten? Auf diese Frage hätten die Anwesenden sich sichtbar betroffen angesehen, und Einer erwiedert: Ja, die Regierung habe so verfügt; worauf Leu einfach entgegnet: „Das kann nicht sein, das geht

nicht an, die Schwyzer müssen bleiben." Eine Stunde hernach sei Gegenbefehl erfolgt. Freilich war das nächste Motiv nicht die Lage des Kantons Bern, sondern der Umstand, daß am Montag im eigenen Kanton Wahlen vorgingen, an denen nach Leu's Ansichten die Luzerner-Milizen ein Recht hatten Theil zu nehmen. Sie wurden in der That einige Tage entlassen und kehrten dann zurück, worauf erst die Schwyzer nach Hause zogen.

Montags, den 28. April, sollte, bevor der Große Rath begann, eine Besprechung mit einigen Freunden stattfinden. Es fanden sich nur Wenige ein, unter ihnen die beiden Knechtenhofer und Oberstlieutenant Albert Kohler aus Büren. Dieser hatte kurz zuvor Tavel gesprochen und kündigte an, daß die Regierung, weit entfernt davon, die eingestellten Beamten abzuberufen, bei dem Großen Rathe Amnestirung derselben beantragen werde. Wir weigerten uns, ihm Glauben zu schenken. Allein kaum war die Sitzung eröffnet, so erfolgte die Verlesung eines Berichtes über die jüngsten Ereignisse, in welchem der Regierungsrath den Antrag ankündigte:

„Daß der Große Rath das Vergangene der Vergessenheit anheimstelle und mithin jedes gerichtliche oder administrative Verfahren gegen die Theilnehmer am Freischaarenzuge fallen lasse."

Zuerst wurde der Vergleich mit Luzern zur Ratifikation vorgelegt, und mit 182 gegen 6 Stimmen, welche auf Kohlers Begehren die Bedingung stellen wollten, daß Dr. Herzog darin begriffen sein solle*), genehmiget. Am

*) Kohler verhielt nur mit Mühe den Aerger über die ganze Verhandlung, die, wie er sagte, Viele auf „ganz andere und honorigere Weise" hätten erlediget sehen mögen.

Dienstag den 29. folgte dann wirklich ein Vortrag mit dem Antrag:

„Der Große Rath der Republik Bern, nach Anhörung des Regierungsrathes über die Ereignisse, welche am 31. März und 1. April letzthin im Kanton Luzern sich zugetragen haben, sowie über die dermalige Lage des Kantons Bern,

beschließt:

1) Gegen die Theilnehmer am jüngsten Freischaarenzuge nach Luzern wird kein weiteres Verfahren stattfinden.

2) Der Regierungsrath ist beauftragt, in Vollziehung der Bundesbeschlüsse vom 20. März und 12. April letzthin dem Großen Rathe spätestens in der nächsten Session einen Entwurf eines Gesetzes gegen die Freischaaren vorzulegen.

Bis zur Erlassung eines solchen Gesetzes wird der Regierungsrath gegen Diejenigen, welche sich fernere Umtriebe zur Bildung von Freischaaren erlauben, sofort einschreiten, und namentlich gegen Beamte, welche sich dieses Vergehens schuldig machen sollten, auf dem Administrativwege verfahren.

3) Der Regierungsrath ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, den 25. April 1845."

Neuhaus erstattete den Bericht und empfahl das Dekret als ein Mittel, daß der Kanton „wiederum ruhig werde und in die gesetzliche Bahn für die Zukunft zurückkehre." Dabei verwies er auf die große Theilnahme, welche die eingestellten Beamten im Volke gefunden und sprach: „Warum war die Theilnahme für

dieselben so groß? Weil diese Beamten, obschon sie ihre Pflichten in dieser Angelegenheit vergessen, in edeln Absichten gehandelt haben; sie waren Jesuitengegner und wollten dem Vaterlande helfen." Dem Antrage entgegen forderte Straub die Niedersetzung einer Kommission, damit vor Allem das Benehmen der Beamten bei dem Freischaarenzuge untersucht werde. Er äußerte dabei: „Ich zweifle sehr, daß, wenn wir Alles Geschehene mit dem nassen Finger durchstreichen, wir in's Künftige Ruhe und Frieden haben werden; denn die Partei, welche uns dahin geführt hat, wo wir uns befinden, ist groß, sie wühlt noch viel zu stark und zwar nicht bloß gegen Nachbarkantone, sondern selbst gegen unsere Regierung."

Stettler zweifelte ebenfalls, daß die vorgeschlagene Maßregel das Mittel sei, Ordnung und Gesetzlichkeit herzustellen. „Diese Garantie — sagte er — bekommt man nur, wenn Jedermann sieht, daß die Hand der Gerechtigkeit noch nicht ganz erschlafft ist." — Auch J. Schnell erklärte, den Antrag Straub's unterstützend, er wolle nicht „pflastern," sondern „operiren;" der Geist der Gewaltthätigkeit und Gesetzlosigkeit, der lange Zeit vom „Katheder" und vom „Fauteuil" herab gepredigt worden, stecke dem Staate wie ein Dorn im Fleische und müsse daraus entfernt werden; die Regierung sei wankend geworden und bedürfe der Befestigung; sie müsse jenen Leuten sagen: „Ihr habt gegen Gesetz und Verfassung, gegen Ruhe und Ordnung gefehlt, darum strafen wir Euch ohne Gnade." Sonst glaubten die Amnestirten, man habe Sympathie mit ihren Tendenzen, und die Aufregung werde fortbestehen; denn die rührigen Leute wür-

den nach und nach Meister werden über die öffentliche Meinung.

Auch Kernen (von Münsingen) sprach sich für eine Untersuchung aus, zwar nicht, um gegen die Beamten einzuschreiten, sondern um die fremden Wühler aus dem Lande zu schaffen, welche, jetzt wie früher, die Fäden geleitet, und welche, greife man nicht ernstlich ein, Alles unterwühlen würden.

Ich dehnte den Antrag aus: Ganz besonders solle das Benehmen der Regierung untersucht werden; denn wenn die Mehrheit des Regierungsrathes kein Vorwurf treffe als „nicht regiert", so gebühre Einzelnen der Vorwurf „intriguirt" zu haben, und werde bei solcher Lage Vergessenheit ausgesprochen, so werde es nicht als Großmuth, sondern als Zeichen eines bösen Gewissens aufgefaßt werden. Zwei Grundsätze hätten die öffentliche Meinung vergiftet und Volk und Regierung krank gemacht: die Lehre, daß das Volk an die eigenen Gesetze nicht gebunden sei, und der Satz, daß man Gegnern — politischen oder religiösen — nicht Wort zu halten brauche; beide gepredigt durch die Hochschule und durch die Presse. Dieses Gift müsse aus dem Staatskörper geschafft werden, und möglich sei's, daß dadurch eine Krise herbeigeführt werde; aber bestehen wir diese — und ich fürchte sie nicht — so seien wir gesund. Sonst werde allerdings für den Augenblick Ruhe gewonnen, aber das Gift wirke fort, und neues Unglück müsse folgen. Dabei äußerte ich, die größte Verantwortlichkeit in der ganzen Freischaarengeschichte treffe die bernische Gesandtschaft an der außerordentlichen Tagsatzung, die, ihre Stellung eines Bevollmächtigten mit derjenigen eines Souveräns verwechselnd, zuwider bestimmter Instruktion, gegen die Freischaaren zu

stimmen, dieß nicht gethan und dadurch der halberloschenen Unternehmung den letzten Anstoß gegeben habe.

Diese Aeußerung verletzte Neuhaus tief. Er erwiederte im Schlußbericht, es sei bei den jüngsten Ereignissen Schweizerblut geflossen, und wäre mein Vorwurf gegründet, so müßte er annehmen, daß dieses Blut an seinen Fingern klebe.

Bei der Abstimmung fielen 32 Stimmen für eine Kommission, gegen 156, die sofort entscheiden wollten, und 159 gegen 25 Stimmen genehmigten den Antrag auf Vergessenheit.

Von diesem Augenblicke an betrachteten wir die Regierung als verloren. Die ganze radikale Presse schrie Triumph! Ich äußerte mich unmittelbar nach beendigter Sitzung darüber gegen einen der einsichtigsten Freunde (Oberrichter Kernen), der mit manchem Andern dem Antrag beigestimmt hatte. Er verwarf meine Befürchtungen und schützte vor, daß bei entgegengesetztem Entscheide unmittelbar eine Krise erfolgt wäre. Allein diese, glaubte ich, würde uns eben gerettet haben, weil sie die Regierung gezwungen hätte, Ordnung zu schaffen.

Während der Sitzung vom 28. war ein Regierungsangestellter von Luzern angekommen, mit einem Schreiben von Regierungsrath Kost, die Bitte enthaltend, ich möchte den Träger vor Mißhandlungen zu sichern suchen. Er betrat wirklich das Rathhaus nur mit Angst und Zittern. Er glaubte, Alles drunter und drüber zu finden. Ich beruhigte ihn, und er wohnte dann auch unbelästigt der Verhandlung bei.

Um eben diese Zeit erhielt ich die Anzeige, Luzern weigere sich, den Excapuziner Knobel freizulassen, weil er noch Schwyzer Bürger sei. Da die Convention nur Lu-

zerner Bürger ausschloß, so schrieb ich sofort einen ernsten Brief an Aubry, der im Begriffe war, wieder nach Luzern zu reisen, damit er, falls Etwas an der Sache wäre, dagegen auftrete.

Aubry berichtete später, es seien allerdings Versuche gemacht worden, Knobel zurückzuhalten, jedoch vergebens; von anderer Seite habe man, es voraussehend, denselben um so rascher über die Grenze geschafft.

Mitte Mai erhielt ich durch Herrn Aubry ein dringendes Ansuchen der Gattin des Dr. Robert Steiger, mich bei Leu in Ebersol für die Begnadigung ihres Mannes zu verwenden. Ich schrieb sogleich an Leu und an Oberst Balthasar.

Am 18. Mai konnte ich dem Hrn. Schultheißen Kopp als Produkt der Anfangs April veranstalteten Collekte außer 179 Fr., welche bereits verwendet oder anderwärts abgeliefert waren, noch Fr. 327. 50. zur Unterstützung der Familien Gefallener oder Verwundeter übersenden. Es geschah nach dem Willen der Geber mit der Bitte, daß die Verwendung stattfinde ohne Unterschied der Heimat und Confession.

In seiner Anwort kündigte Hr. Kopp an, daß Dr. Steiger Hoffnung habe auf Begnadigung.

Dr. EDUARD BLOESCH

alt-Landammann.